fonction publique

CGFP
Organe de la Confédération Générale de la Fonction Publique

numéro 286
juillet 2025
57e année
paraît 4 fois par an

PERIODIQUE
POST LUXEMBOURG
Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG
PORT PAYÉ
PS/141

L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

OUVERT
LE SAMEDI MATIN

LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47-1 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

EDITORIAL

Stabiles Fundament

Die CGFP-Protestaktion vom 25. Juni war ein Riesenerfolg – gar keine Frage. Und sie hatte ihre Wirkung: Nicht einmal 24 Stunden später, in der RTL-Sendung *„Den Invité vun der Redaktioun“*, machte Vizepremier Xavier Bettel erste Zugeständnisse: „Regierung mécht d'Dier fir Erhéijung vu Kotisatiounen op“, steht auch heute noch auf der entsprechenden Internetseite zu lesen. Damit kam die Regierung erstmals einer Gewerkschaftsforderung in Sachen Pensions- und Rentenreform nach – zumindest ansatzweise.

Um die 500 Delegierte, allen voran Vorstandsmitglieder der CGFP-Fachverbände, des CGFP-Kooperationspartners FGFC und der Eisenbahnergewerkschaft SYPROLUX, hatten sich an diesem 25. Juni vor der Abgeordnetenkammer versammelt, um mit Blick auf die angekündigte Rentenreform ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen und die CSV-DP-Koalition zu einem Umdenken zu bewegen. Der Austragungsort vor dem Abgeordnetenhaus war nicht zufällig gewählt worden und hatte mehr als nur symbolischen Charakter.

Dass die von OGBL und LCGB initiierte„nationale Kundgebung“ vom 28. Juni ebenso ein großer Erfolg war, kann und darf niemand leugnen. Ob, wie die Gewerkschaften später berichteten, über 20.000 Teilnehmer auf dem „Knuedler“ standen oder„nur“ 14.000, wie die Polizei anschließend mitteilte, ist dabei nicht das Entscheidende. Die CGFP hatte von Anfang an nicht auf Masse gesetzt. Ihr und ihren Fachverbänden ging es vordergründig darum, eine klare Botschaft zu senden – und die kam in Regierungskreisen auch an.

Doch auch heute bleibt immer noch eine Frage offen: War dies alles wirklich notwendig? Hätte die Regierung, allen voran der Premierminister, dieses Aufgebot, ja diese Mobilisierung nicht verhindern können, indem er, gemäß dem Luxemburger Modell, erst den Dialog mit den Sozialpartnern gesucht hätte, statt mit einseitigen – und daher mehr als fragwürdigen – Ankündigungen vorzupreschen. Luc Frieden ist doch auf diesem Gebiet kein Newcomer. Bereits unter Premierminister Jean-Claude Juncker hatte der damalige Finanzminister Frieden an Tripartite-Runden teilgenommen und müsste doch eigentlich wissen, wie ein echter Sozialdialog funktioniert – doch diese Chance wurde verspielt.

Jetzt ist natürlich gewusst, dass wir das Rad nicht wieder zurückdrehen können. Es geht nun in erster Linie darum, nach vorne zu schauen, um im Konsens Kompromisslösungen anzustreben, will sagen: gangbare Wege zu finden, die sowohl von den Arbeitnehmervertretern als auch von den Arbeitgeberverbänden und der Regierung getragen werden können.

Ausgerechnet inmitten dieses Prozesses ist es natürlich nicht besonders förderlich und geschickt, um es einmal höflich auszudrücken, Gewerkschaften zum Gespött der Nation zu machen. Selbst auf einem parteiinternen Sommerfest ist dies schlicht geschmacklos. Die Lage ist ernst. Gerade zu dieser Jahreszeit gibt es keinen Raum für Büttenreden.

Doch kehren wir zum Kern der Thematik zurück: Die CGFP hat sich von Anfang an dafür stark gemacht, die Einnahmeseite derart zu gestalten, dass Renten und Pensionen nachhaltig abgesichert sind. Potenzial dafür gibt es genug. Zusammen mit den beiden anderen national repräsentativen Gewerkschaften hat die CGFP im Rahmen des entsprechenden Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrats (Arbeitnehmerseite) eine Fülle von Ansätzen aufgezeichnet. Stattdessen Leistungseinschränkungen in Erwägung zu ziehen, wie auf Seiten der Arbeitgeberverbände befürwortet, bleibt für die CGFP eine bedenkliche Herangehensweise, gerade auch mit Blick auf die zunehmende Altersarmut im Lande.

Wenn jetzt im Zuge der Dreiergespräche im Staatsministerium mehrere Pisten in Erwägung gezogen werden, ist es für die CGFP von entscheidender Wichtigkeit, Textvorschläge zu den verhandelnden Maßnahmen zu begutachten. Gerade beim Renten- und Pensionssystem handelt es sich um eine äußerst komplexe Materie. Es wäre schlicht bedauerlich, wenn allein schon aufgrund von Missverständnissen Chancen verpasst würden. Allein aus diesem Grunde hat die CGFP darauf gepocht, die Thematik Renten- und Pensionsreform separat zu behandeln und nicht im Rahmen eines ganzen Maßnahmenpakets.

Noch wichtiger für die CGFP ist allerdings, genaue Berechnungen zu den einzelnen Pisten zu kennen. Denn: Wie soll man sich ein genaues Bild machen können, wenn die Auswirkungen auf das System nicht genauestens berechnet sind?

Eines steht aber auch fest: Die Regierung hat von Anfang an immer wieder betont, dass Rentner und Rentnerinnen, Menschen also, die ein ganzes Arbeitsleben lang Beiträge eingezahlt haben und jetzt im wohlverdienten Ruhestand leben, von einer möglichen Reform ausgeschlossen sind. Wir gehen fest davon aus, dass die CSV-DP-Koalition ihrer diesbezüglichen Linie treu bleibt. Wie bitteschön sollte man die Regierung sonst noch ernst nehmen?

Am Ende von Verhandlungen muss stets ein Kompromiss stehen. Das liegt in der Natur der Sache. Wer sich kompromissbereit gibt, muss auch bereit sein, Wasser in den Wein zu gießen – unter der Voraussetzung natürlich, dass alle Interessenvertreter diese Bereitschaft an den Tag legen.

Zudem hat sich die CGFP von Anfang an für Maßnahmen über einen absehbaren Zeitraum ausgesprochen. Für die CGFP ist und bleibt es schlicht unmöglich, verlässliche Langzeitprognosen und Langzeithypothesen, im äußersten Fall über eine Zeitspanne von 40 Jahren und mehr aufzustellen.

Ob die Dreiergespräche letztlich zu einem Erfolg werden oder nicht, ist mit letzter Gewissheit immer noch nicht absehbar, auch wenn bei den jüngsten Verhandlungen erhebliche Fortschritte erzielt wurden. Die Kompromissbereitschaft aller am Tisch versammelten Parteien wird entscheidend sein, ohne dass jemand dabei sein Gesicht verlieren darf.

„Luc Frieden ist ein Brückenbauer“, schmeichelte Beamtenminister Serge Wilmes in diesem Zusammenhang in der RTL-Sendung *„Background am Gespréich“* vom 12. Juli seinem Regierungschef. Ob dem so ist, wird sich spätestens im September bei der nächsten Dreierrunde zeigen. Und sollte der Bau dieser Brücke wirklich gelingen, ist es ganz entscheidend, dass sie auch auf einem stabilen Fundament steht, das keinesfalls unter der Last von festgefahrenen Meinungen gleich nachgeben darf!

Steve Heiliger,
CGFP-Generalsekretär

Wechsel an der Spitze der Berufskammer aller öffentlich Bediensteten

Mona Guirsch tritt die Nachfolge von Romain Wolff an

Im Anschluss an die Sozialwahlen vom vergangenen März fand am 30. Juni unter dem Vorsitz des Ministers für den öffentlichen Dienst, Serge Wilmes, die konstituierende Sitzung der „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ (CHFEP) statt. Nach der Begrüßungsansprache des Ressortministers wurde gemäß Artikel 23 des Gesetzes über die Berufskammern die neue Zusammensetzung des Kammerbüros bestimmt.

Bei der geheimen Wahl gab es ein Novum: Mit Mona Guirsch wurde erstmals eine Frau an die Spitze der Berufskammer aller öffentlich Bediensteten gewählt. Die gelernte Gymnasiallehrerin und „Attachée à la direction“ im „Athénée de Luxembourg“ ist zugleich Generalsekretärin der CGFP-Mitgliedsorganisation FÉDUSE Enseignement. Seit 2018 gehörte sie als Assessorin dem Kammerbüro an und kennt somit bestens die Funktionsweise der CHFEP.

Mona Guirsch wurde einstimmig als Nachfolgerin von Romain Wolff gewählt, der zehn Jahre lang die Geschicke dieser hoch angesehenen Institution geleitet hat. Auf eigenen Wunsch hin verzichtete er auf eine weitere Amtszeit. In seiner kurzen Ansprache sprach Wolff der Berufskammer und deren Verwaltung ein großes Lob für die über Jahre hinweg geleistete wertvolle Arbeit. Es sei an der Zeit gewesen, den CHFEP-Vorsitz der kommenden Generation anzuvertrauen. Auf Vorschlag von Mona Guirsch hin wurde Romain Wolff

Das neu gewählte Kammerbüro, umgeben von den Mitgliedern, die sich nicht mehr zur Wahl stellten: Romain Wolff (scheidender Präsident), Patrick Remakel (Vizepräsident), Mona Guirsch (Präsidentin), Minister Serge Wilmes, Steve Keipes (Assessor), Claude Reuter (Assessor) und Gilbert Goergen (scheidender Vizepräsident). (v.l.n.r.)

zum Ehrenpräsidenten der Berufskammer ernannt.

Auch beim Posten des CHFEP-Vizepräsidenten wurde ein Wechsel vollzogen. Patrick Remakel wurde einstimmig in das Kammerbüro aufgenommen. Der CGFP-Finanzverwalter und Mitglied der CGFP-Exekutive sowie langjähriger Vorsitzender der Lehrergewerkschaft SNE CGFP tritt die Nachfolge von Gilbert Goergen an.

Der bisherige CHFEP-Vizepräsident, der diesen Posten seit 2018 besetzte und seit 20 Jahren dem Kammerbüro angehörte, kandidierte nicht mehr für ein weiteres Mandat. Seine Entscheidung sei wohlüberlegt, so Goergen. Verantwortung müsse in einem Klima des Vertrauens und der Kontinuität weitergegeben werden. Dem neu gewählten Kammerbüro, das sein volles Vertrauen genieße, wünsche er viel Erfolg.

Neu aufgenommen in das Kammerbüro wurde zudem Steve Keipes. Der Präsident des CGFP-Fachverbandes AGC wurde als Assessor gewählt. Auch Claude Reuter, Präsident der FGFC, der Gewerkschaft des Gemeindepersonals, wurde auf diesem Posten für eine weitere Amtszeit bestätigt.

Nach der Wahl dankte die frisch gewählte Präsidentin Mona Guirsch der Plenarversammlung im Namen des Kammerbüros für das entgegengebrachte Vertrauen. Sie wünschte sich eine Fortsetzung der guten Zusammenarbeit, damit die CHFEP ihre Aufgaben im Interesse des öffentlichen Dienstes und seiner Mitarbeiter wahrnehmen könne. Abschließend dankte sie den scheidenden Mitgliedern Romain Wolff und Gilbert Goergen für ihre geschätzte Arbeit in den vergangenen Jahren.

Bei den Sozialwahlen im öffentlichen Dienst waren im März dieses Jahres rund 66.000 öffentlich Bedienstete (von Staat, Gemeinden und öffentlichen Einrichtungen) dazu aufgerufen worden, ihre Stimme abzugeben. Die CGFP erzielte dabei einen Kantersieg: Mit 95 % der Stimmen errang sie die absolute Mehrheit. Sie stellt 23 der insgesamt 24 Sitze, die dem Staatsdienst vorbehalten sind und ist somit die einzige national repräsentative Gewerkschaft im öffentlichen Dienst. Im kommunalen Sektor hat der CGFP-Kooperationspartner FGFC vier der fünf möglichen Mandate ergattert. **ml**

CGFP Assurances

Solde restant dû

Empruntez en toute tranquillité et protégez vos proches

En cas de décès prématuré ou d'invalidité, l'assurance solde restant dû peut prendre directement en charge le remboursement de votre emprunt immobilier et offre une sécurité financière à vos proches.

Une assurance baloise

CGFP Assurances S.A.
18, rue Érasme, L-1468 Luxembourg
Tél. 27 04 28 01, info@cgfp-assurances.lu

cgfp-assurances.lu

„D'Moos ass voll! Et geet déck duer!"

„Fir e richtege Sozialdialog! Elo!", lautete das Motto der CGFP-Protestkundgebung, die am vergangenen 25. Juni vor dem Parlament stattfand. CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff übte scharfe Kritik an den Regierungsplänen zur Pensionsreform. Neben Gewerkschaftsvertretern waren auch zahlreiche Mehrheits- und Oppositionspolitiker anwesend

Unmittelbar nach den Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag war der Krautmarkt immer noch festlich dekoriert. Entlang der Parlamentsfassade gingen die dreifarbigen Nationalflaggen, die bestens mit der CGFP-Corporate harmonierten. Von der festlichen Stimmung, die noch zuvor am verlängerten Wochenende geherrscht hatte, war jedoch nichts mehr zu spüren. Mehr als 500 Demonstranten hatten sich am vergangenen 25. Juni bei glühender Hitze vor der Abgeordnetenkammer eingefunden. Dem vorausgegangen war ein CGFP-Aufruf an die Vorständekonferenz, stellvertretend für die 35.000 CGFP-Mitglieder an dieser ersten symbolischen Aktion teilzunehmen.

Neben den CGFP-Mitgliedsorganisationen hatten sich auch der langjährige CGFP-Kooperationspartner FGFC und die Eisenbahnergewerkschaft SYPROLUX dem CGFP-Aufruf sofort angeschlossen. Ihre Solidarität bekundeten auch der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (Gruppe der Arbeitnehmer), die „European Confederation of Independent Trade Unions" (CESI) sowie der OGBL und der LCGB in einer gemeinsamen Erklärung. Die LSAP hatte der CGFP ihre Unterstützung in einer Videobotschaft zugesichert.

Viele Demonstranten hielten Schilder hoch, auf denen zu lesen war: „Fangeren ewech vun de Pensiounen". Auch Vertreter des OGBL und des LCGB hatten sich in die Menge geschlichen.

Gleich zu Beginn seiner Rede stellte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff klar, dass die CGFP niemanden daran hindern werde, sich am 28. Juni an der Großkundgebung von OGBL und LCGB zu beteiligen. Die CGFP-Gremien hätten jedoch beschlossen, bei der großen Protestveranstaltung der beiden anderen national repräsentativen Gewerkschaften keine aktive Rolle einzunehmen, da ein Großteil der dort angeschnittenen Themen nicht zum Kerngeschäft der CGFP gehören würden. Nichtsdestotrotz zeige sich die CGFP solidarisch mit deren Anliegen, so Wolff.

Viel Politprominenz

Der symbolische Austragungsort der CGFP-Kundgebung war mit Bedacht ausgesucht worden. „Wir wollten live und in Farbe sehen, welche Abgeordneten genau wie wir den mangelnden Sozialdialog beklagen, und den Mut aufbringen, sich solidarisch mit den von der Reform betroffenen Bürgern zu zeigen", unterstrich Romain Wolff.

In der vordersten Reihe vor der Bühne waren vorwiegend Oppositionspolitiker zu sehen: Georges Engel, Franz Fayot, Claude Haagen, Ben Polidori (alle LSAP), Marc Baum (déi Lénk) sowie Sven Clement und Marc Goergen von den Piraten. Anwesend waren auch DP-Vertreter: Fraktionschef Gilles Baum, Parteichefin Carole Hartmann und Gusty Graas. Als der liberale Fraktionschef von einer Tageszeitung darauf angesprochen wurde, warum er trotz harscher Kritik an seiner Partei bei der CGFP-Kundgebung anwesend gewesen sei, antwortete dieser: „Wenn Demos vor der Chamber sind, gehe ich eigentlich immer hin. Und es hat mich interessiert."

Etwas im Abseits standen einige CSV-Politiker, unter ihnen Parlamentspräsident Claude Wiseler, Fraktionschef Marc Spautz und Charles Weiler. Gesichtet wurden auch LSAP-Fraktionspräsidentin Taina Bofferding, ihr Fraktionskollege Dan Biancalana, Sam Tanson (déi Gréng) swie Fred Keup und Dan Hardy (beide ADR).

Nicht die Gewerkschaften würden mit ihren Demonstrationen den sozialen Frieden gefährden, sagte der CGFP-Nationalpräsident. Allein die Regierung sei dafür verantwortlich. Dieses Statement war eine Anspielung auf eine Aussage, die der Präsident des Unternehmerdachverbandes nur wenige Stunden zuvor in einem RTL-Interview gemacht hatte. Der Spitzenvertreter des Patronats hatte u.a. den Gewerkschaften vorgeworfen, „Lügen und Halbwahrheiten" zu verbreiten.

Die CGFP greife äußerst selten auf drastische Mittel wie Protestveranstaltungen zurück, so Wolff. Dieses Mal habe man jedoch keine andere Wahl gehabt. „Das Maß ist voll, es reicht jetzt!"

Die Arroganz der Macht

Während seiner kämpferischen Rede prangerte der CGFP-Vorsitzende mehrmals die Überheblichkeit der Regierung an. Es sei arrogant zu behaupten, der Sozialdialog funktioniere perfekt, obwohl dies in Wirklichkeit keineswegs der Fall sei. Die CSV-DP-Koalition habe keinen Wert auf einen echten Dialog gelegt. Die Diskussionsplattform „Schwätz mat" sei getreu dem Motto „There is no business like showbusiness" gestaltet worden. Die anschließenden sogenannten Expertenrunden in Burglinster bezeichnete der CGFP-Vorsitzende als einen schlechten Witz.

Umfrageergebnisse, die keineswegs repräsentativ sind, eine stark eingeschränkte Teilnehmerzahl und eine äußerst knapp bemessene Redezeit. „Das ist eine Scheindebatte, wie ich sie in den vergangenen 20 Jahren nicht erlebt habe. Geht man so mit vernünftigen Sozialpartnern um? Ganz sicher nicht, wenn man sie ernst nimmt", schimpfte Wolff.

Die von der Regierung gestartete Kampagne wurde auch in der Presse kritisch kommentiert. „Die Renten-Konsultierung war ein 184.000 Euro teurer Flop", titelte das „Luxemburger Wort". Die Sozialministerin sei mit ihrer „pseudo-partizipativen Initiative krachend gescheitert", hieß es. Die Regierung müsse jetzt mit den Gewerkschaften und dem Patronat die Rentenreform loten. Da stelle sich die Frage: warum denn nicht gleich? So hätte sich der Staat die 171.000 Euro für die „Schwätz mat!"-Kampagne und die 13.000 Euro für die drei Expertenrunden sparen können.

Zur Wahrung des sozialen Friedens, der einen Trumpf Luxemburgs darstelle, sei ein echter Sozialdialog unumgänglich, fuhr Romain Wolff fort. Die Vorschläge zur Pensionsreform, die die drei national repräsentativen Gewerkschaften – darunter die CGFP – im Gutachten des Wirtschafts- und Sozialrats ausgearbeitet hatten, seien zu keinem Moment ernst genommen oder aufgegriffen worden. Die Regierung habe die von den Arbeitnehmervertretern skizzierten Alternativen einfach ignoriert. Nicht besser ergangen sei es der OECD. Ihr Vorschlag, die Beiträge paritätisch (Staat, Arbeitgeber und Beschäftigte) zu erhöhen, sei sofort von der Regierung verworfen worden.

Der Premierminister habe von Anfang gewusst, wohin die Reise führen soll. „Eis vis-a-vis ass dat op jidder Fall en Affront, dee sengesgläiche sicht. Eng politesch Iwwerhieflechkeet, eng politesch Arroganz, déi bei eis d'Faass zum Iwwerlafe bruecht huet. Et geet elo déck duer", erboste sich Romain Wolff.

Die von der Regierung erwünschte Verlängerung der Lebensarbeitszeit sei nicht nur ungerecht, sondern auch kontraproduktiv und unrealistisch, hieß es weiter. Vor dem Hintergrund der Robotisierung und der Künstlichen Intelligenz werde es zunehmend schwieriger, die Menschen möglichst lange im Arbeitsprozess zu behalten.

Eine Politik zulasten junger Arbeitnehmer

Erschwerend hinzu komme, dass eine deutliche Erhöhung der Beitragsjahre dazu führen würde, dass sich die Einstellungschancen für junge Menschen verringern, da weniger Arbeitsstellen offen stünden. Außerdem habe die Regierung nicht verraten, wie die Unternehmen dazu bewegt werden sollen, ältere Mitarbeiter, die in der Regel höhere Löhne beziehen, nicht frühzeitig in Rente zu schicken.

Nach den gravierenden Verschlechterungen im Zuge der Pensionsreform aus dem Jahr 2012 würde die vom Premierminister angekündigte Erhöhung der Lebensarbeitszeit sowohl die jüngeren als auch die etwas älteren Generationen treffen, gab der CGFP-Nationalpräsident zu bedenken.

Kritisiert wurde zudem, dass sich die Regierung kategorisch weigere, die im Ausgleichsfonds angehäuften Reserven in Höhe von 30 Milliarden Euro teilweise

Fortsetzung siehe Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

zur Entlastung des Renten- und Pensionssystems zu nutzen. Es bleibe zu hoffen, dass diese Mittel nicht zur Finanzierung der steigenden Militärausgaben missbraucht werden. Eine solche Zweckentfremdung wäre ein großer politischer Fehler und ein Fauxpas gegenüber all denen, die in diesen Fonds eingezahlt hätten.

Keine politische Legitimierung

Kein Verständnis habe die CGFP dafür, dass die Regierung nicht verstärkt gegen die Altersarmut vorgehe, lautete eine weitere Kritik. Obwohl sich die Altersarmut hierzulande in zehn Jahren mehr als verdoppelt habe, weigere sich die Regierung, die Mindestrente zu erhöhen. Stattdessen wolle sie eigenen Aussagen zufolge dieses Problem durch eine Anpassung der Sozialleistungen angehen. „Rentner zu Sozialhilfeempfängern zu degradieren, ist ein No-Go! Pensionen sind ein Recht, kein Privileg“, erzürnte sich der CGFP-Nationalpräsident.

„Wir fordern ein Ende der Scheindebatten: Die Regierung muss ihren Denkanstoß zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit vom Tisch nehmen und nach einem konsensfähigen Dialog suchen“, brachte es Romain Wolff auf den Punkt.

Aus Angst, Wählerstimmen zu verlieren, hätten die heutigen Mehrheitsparteien es gemieden, das heikle Thema „Pensionsreform“ im Vorfeld der Parlamentswahlen allzu sehr in den Vordergrund zu stellen. Nach den Wahlen würden die CSV und die DP jetzt versuchen, eine unbeliebte Reform durchzusetzen. „Déi laut eegenen Aussoe 'business friendly'-Regierung huet keen Optrag vum Wieler, fir esou eng Reform ze maachen. Dat ass politesch Onéierlechkeet“, so Wolff.

Die CSV-DP-Koalition treibe die Spaltung der Gesellschaft voran. Einfach zuhören, um letztlich nur das umzusetzen, was ranghohe Patronatsvertreter täglich hart und deutlich einfordern, entspreche nicht dem Geist des bewährten luxemburgischen Sozialmodells.

Im Vorfeld der CGFP-Protestkundgebung hatte Premierminister Frieden die Gewerkschaften und die Arbeitgebervertreter für den 9. Juli zu einer „Sozialrunde“ eingeladen. Die CGFP appellierte an die Regierung, die Rentenreformpläne vor der geplanten Unterredung mit den Sozialpartnern zu überarbeiten. Trotz erheblicher Bedenken zeigte sich die CGFP bereit, an dem Treffen im Staatsministerium teilzunehmen. Die Regierung habe es in der Hand, hieß es abschließend: „Der soziale Frieden hat seinen Preis!“

„Falls die CSV-DP-Koalition jedoch keine Einsicht erkennen lässt und den Sozialpartnern weiterhin mit einer einseitigen, von Arroganz geprägten Politik die kalte Schulter zeigt, werden die CGFP-Gremien über weitere gewerkschaftliche Schritte nachdenken“, warnte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff. Als ein Pressevertreter nach der Kundgebung erfahren wollte, um welche Maßnahmen es sich dabei konkret handle, betonte Wolff, dass eine diesbezügliche Entscheidung der CGFP-Gremien noch ausstehe. Einen Streik einzuleiten, sei ein sehr komplexes Verfahren und sollte das allerletzte Mittel sein. Zunächst liege der Ball jetzt bei der Regierung, unterstrich Romain Wolff.

Ein Cocktail für den Vizepremier

Nur wenige Stunden nach der CGFP-Protestkundgebung erweckte die Regierung den Eindruck, als ob sie sich in der Pensionsdiskussion bewege. In der RTL-Sendung „Invité vun der Redaktioun“ erklärte Vizepremier Xavier Bettel zur besten Sendezeit, er würde sich einen „Cocktail“ zwischen den Stellungnahmen der Regierung und den Gewerkschaften erhoffen. Vom Patronat ging plötzlich nicht mehr die Rede. Unklar ist, ob es sich dabei bloß um ein Versehen handelte oder mehr dahintersteckte.

Der Stellvertreter von Luc Frieden betonte, dass er sich wieder eine Vertrauensbasis wünsche. Alle Akteure müssten Kompromissbereitschaft zeigen: „Mir héiere jo, datt d'Verlängerung vun den Aarbechtsjoren – dat ass jo, wat mir proposéiert hunn – net gutt ukënnt. Ech héieren, datt vun hirer Säit éischter eng Demande ass, fir Cotisatiounserhéijungen.“ Abschließend bemerkte Bettel, er hoffe, dass man bei den mit den Gewerkschaften geplanten Gesprächen am 9. Juli wieder zueinander finde.

Drei Tage später zeigte sich der Premierminister im Fernsehen bereit, auf Augenhöhe zu verhandeln. Allerdings fehlte die Einsicht, dass seine Aussagen zur Lage der Nation die Gewerkschaften zur Weißglut brachten. Der selbsternannte CEO der Regierung hatte damals in seiner Erklärung versichert, den Sozialdialog zu respektieren. Dialog heiße jedoch „nicht in allen Fällen“ Mitentscheidung („Co-Décisioun“).

Eine weitere Ernüchterung folgte am vergangenen 2. Juli als Sozialministerin Martine Deprez dem zuständigen Parlamentsausschuss Rede und Antwort stand. Auf einer anschließenden Pressekonferenz bekräftigte sie, dass die vom Premierminister angekündigte Erhöhung der Lebensarbeitszeit keineswegs vom Tisch sei.

„CGFP lässt sich nicht vorführen“

Die Ressortministerin setzte noch einen drauf. Sie wies darauf hin, dass eine Heraufsetzung der Beitragsjahre den Finanzierungsbedarf des Rentensystems verringere, doch würde diese Maßnahme allein nicht ausreichen. Völlig unbegreiflich ist, dass die zuständige Ministerin erneut den Vorschlag des Regierungschefs erwähnte, sich zur Finanzierung des Rentensystems bei den aus der CO2-Steuer generierten Einnahmen zu bedienen. Warum die Ressortministerin diese umstrittene Idee noch einmal aufgriff, obwohl inzwischen längst gewusst war, dass ein solcher Schritt gar nicht machbar ist, bleibt ein Rätsel.

Die Reaktion des CGFP-Nationalpräsidenten Romain Wolff auf den sozialen Medien folgte prompt: „Schäindebatte reloaded den 9. Juli?“ Falls die Regierung nichts dazu gelernt habe, werde sich die CGFP nicht vorführen lassen.

Unterredung mit der CSV-Fraktion

Zwei Tage vor dem geplanten Treffen zwischen der Regierung und den Sozialpartnerin hatte die CGFP-Exekutive am 7. Juli eine Unterredung mit der CSV-Fraktion. Nach der monatelangen Scheindebatte müsse jetzt auf Regierungsebene ein Umdenken erfolgen, lautete die Kernbotschaft der CGFP. Der Bogen dürfe nicht überspannt werden. Es sei höchste Zeit, gemeinsam vernünftige und konsensfähige Lösungen zur langfristigen finanziellen Absicherung der Altersvorsorge zu finden. Die CSV-DP-Koalition habe es in der Hand, einen neuen Weg einzuschlagen, betonte die CGFP. Erforderlich seien konkrete Ergebnisse. Die von den Arbeitnehmervertretern vorgelegten Alternativen zur Renten- und Pensionsreform dürfen nicht länger ignoriert bleiben.

Sollte sich bei dem Treffen am 9. Juli herausstellen, dass bei den politischen Entscheidungsträgern keine Einsicht einkehre, werde die CGFP Klartext reden, hieß es abschließend.

Max Lemmer

Bei der CGFP-Kundgebung waren alle im Parlament vertretenen Fraktionen und „sensibilités politiques“ anwesend. CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff war bei senger Rede umgeben von Claude Reuter, dem Präsidenten des CGFP-Kooperationspartners FGFC, und Mylène Bianchi, der Vorsitzenden der Eisenbahnergewerkschaft SYPROLUX.

Fazit nach zwei Sozialrunden im Staatsministerium

CGFP: Keine Einigung um jeden Preis

Nach einer monatelangen Eskalation kehrten die Gewerkschaften (darunter die CGFP), der Arbeitgeberverband und die Regierung am vergangenen 9. Juli zum Verhandlungstisch zurück. Nicht weniger als neun Regierungsmitglieder wohnten dem Treffen im Staatsministerium bei. Die CGFP war vertreten durch ihren Nationalpräsidenten Romain Wolff, Generalsekretär Steve Heiliger und Vizepräsident Gilbert Goergen. Auf der Tagesordnung standen sechs Punkte – neben dem Sozialdialog wurden auch die Kollektivvertragsgesetzgebung, der Mindestlohn, die Sonntagsarbeit, die Öffnungszeiten im Handel und die Pensionsreform erörtert.

Obwohl sich die Regierung sehr ungeschickt bei den Pensionsdiskussionen angelegt hatte, erklärte sich die CGFP zu einem Neustart bereit. Auch wenn die Positionen sehr weit auseinanderlagen, zeichnete sich nach dem ersten elfstündigen zähen Verhandlungsmarathon eine leichte Entspannung ab.

Im Laufe der Gespräche wurde deutlich, dass die jüngsten erfolgreichen Kundgebungen der drei national repräsentativen Gewerkschaften – darunter die CGFP-Protestveranstaltung am 25. Juni vor dem Parlament – ihre Wirkung gezeigt haben. Bei dem bis tief in die Nacht andauernden Tauziehen wurden die Verhandlungen mehrmals unterbrochen, meistens weil die Regierung den Wunsch geäußert hatte, sich für interne Beratungen zurückzuziehen.

Das Thema „Renten und Pensionen" wurde erst gegen 23:00 Uhr in Angriff genommen. CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff warf die Frage auf, ob es angebracht sei, einen solch wichtigen Punkt zu später Stunde noch anzugehen. Der Premierminister bestand jedoch hartnäckig darauf, die Gespräche fortzusetzen. Als die drei großen Gewerkschaften und der Unternehmerdachverband UEL ihren jeweiligen Standpunkt zum wiederholten Mal dargelegt hatten, wurden die Verhandlungen erneut suspendiert. Die Regierung blieb dem Verhandlungstisch für eine Weile fern. Dabei waren die Positionen der Sozialpartner seit Monaten bekannt.

CGFP-Kernforderung erfüllt

Nach der Wiederaufnahme der Gespräche unterbreitete die CSV-DP-Koalition neue Vorschläge zur Pensionsreform. Die Verhandlungsteilnehmer einigten sich jedoch darauf, diese neuen Pisten vorerst nicht in der Öffentlichkeit anzusprechen. Die erste Sitzung ging nachts um 2:00 Uhr zu Ende. Konkrete Ergebnisse gab es lediglich in einem Punkt: Die Gewerkschaften erhielten von Regierungsseite die feste Zusage, dass das Kollektivvertragsgesetz unangetastet bleibt. Sie behalten somit das exklusive Verhandlungs- und Signierrecht.

Nach der ersten Sitzung zog die CGFP ein gemischtes Fazit. Mit Genugtuung nahm sie zur Kenntnis, dass die Weichen für einen auf Vertrauen beruhenden echten Sozialdialog gestellt wurden. Somit sei eine Kernforderung der CGFP berücksichtigt worden, hieß es in einem CGFP-Newsletter. Es sei ein wichtiger Schritt unternommen worden, um zum bewährten luxemburgischen Sozialmodell zurückzukehren. Nichtsdestotrotz bleibe noch vieles im Ungewissen, sodass nicht gewusst sei, ob die Bemühungen zum Durchbruch führen könnten.

Im Zusammenhang mit der Pensionsreform unterstrich die CGFP, dass die unsäglichen Scheindebatten und die fortschreitende Spaltung der Gesellschaft ein für alle Mal beendet werden müssten. Eine Option, um zu einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zu gelangen, wäre eine Beitragserhöhung, die paritätisch vom Staat, den Unternehmen und den Beschäftigten geschultert würde, hieß es weiter. Die CGFP werde sich weder auf eine politische Hinhaltetaktik noch auf faule Kompromisse einlassen.

Mit Anlauf ins Fettnäpfchen

Noch bevor die zweite Sozialrunde im Staatsministerium begonnen hatte, leistete sich der Premierminister erneut einen Fauxpas. Beim CSV-Sommerfest in Hesperingen machte sich der Regierungschef über die Gewerkschaften lustig:„Ich habe versucht, sie so lange wie möglich im Raum zu halten, damit sie zu allem ‚Ja' sagen. Ich habe es nicht geschafft, aber wenigstens sind sie geblieben. Ich glaube, das ist schon ein großer Erfolg, aber sie sahen schlecht aus. Man sieht, dass auch sie es nicht gewohnt sind, Überstunden zu machen", spottete Luc Frieden.

Die betreffende Ausage löste schnell eine Welle der Entrüstung aus. Heftige Kritik musste Luc Frieden auch von der Opposition und den Medien einstecken. Am 11. Juli – drei Tage vor der zweiten Sitzung im Staatsministerium – entschuldigte sich der Premierminister bei den Gewerkschaften. Dabei unterlief dem hastigen Regierungschef ein weiteres Missgeschick. Im Eifer des Gefechts hatte er vergessen, die CGFP um Verzeihung zu bitten.

Auf diese Ungeschicklichkeit von RTL angesprochen, entgegnete CGFP-Nationalpräsident Wolff: „Auf jeden Fall wird er *(Anm. d. Red: gemeint ist der Premierminister)* nicht den Preis für den besten Witz des Tages gewinnen." Als die RTL-Schlagzeile in aller Munde war, kontaktierte Luc Frieden den CGFP-Vorsitzenden und teilte mit, dass ihm seine Aussage in Bezug auf die Gewerkschaften leid tun würde.

Im Anschluss daran ließ die CGFP auf ihren sozialen Kanälen wissen, dass sie nach vorne blicke. Bei der zweiten Unterredung zwischen den Sozialpartnern und der Regierung müsse insbesondere bei der Rentenreform Bewegung ins Spiel kommen. Die Alternativen, die die drei großen Gewerkschaften – darunter die CGFP – ausgearbeitet hätten, dürften im Interesse eines echten Sozialdialogs nicht mehr länger ignoriert werden.

Am 14. Juli fand eine weitere Marathonsitzung zwischen der Regierung und den Sozialpartnern statt. Trotz einiger Fortschritte und eines wesentlich konstruktiveren Klimas wurde nach acht Stunden langen Verhandlungen erneut keine Einigung erzielt. Dafür gab es aber die Gewissheit, dass die Gespräche im September fortgesetzt werden.

Noch reichlich Klärungsbedarf

Das Thema „Renten", das am vergangenen 9. Juli nur kurz angeschnitten worden war, stand dieses Mal als erster Punkt auf der Tagesordnung. Im Laufe der Gespräche bahnte sich eine erste Annäherung zwischen den verhärteten Fronten an. Die CSV-DP-Koalition zeichnete mehrere neue Pisten auf. Mit den Sozialpartnern wurde vereinbart, keine Verhandlungsdetails an die Öffentlichkeit zu tragen.

Während der Sommerpause wird die CSV-DP-Koalition die entsprechenden Texte vorlegen. Zudem werden die unterbreiteten Vorschläge durchgerechnet, um sich ein genaues Bild darüber zu machen, wie sich das Maßnahmenbündel auf die Finanzierung des Rentensystems auswirken würde.

In vielen Punkten gebe es noch Klärungsbedarf, hieß es in einem CGFP-Newsletter, der nach der Sitzung veröffentlicht wurde. Die CGFP werde die von der Regierung unterbreiteten jüngsten Vorschläge zur Renten- und Pensionsreform sorgfältig prüfen. Anschließend würden die CGFP-Gremien darüber befinden.

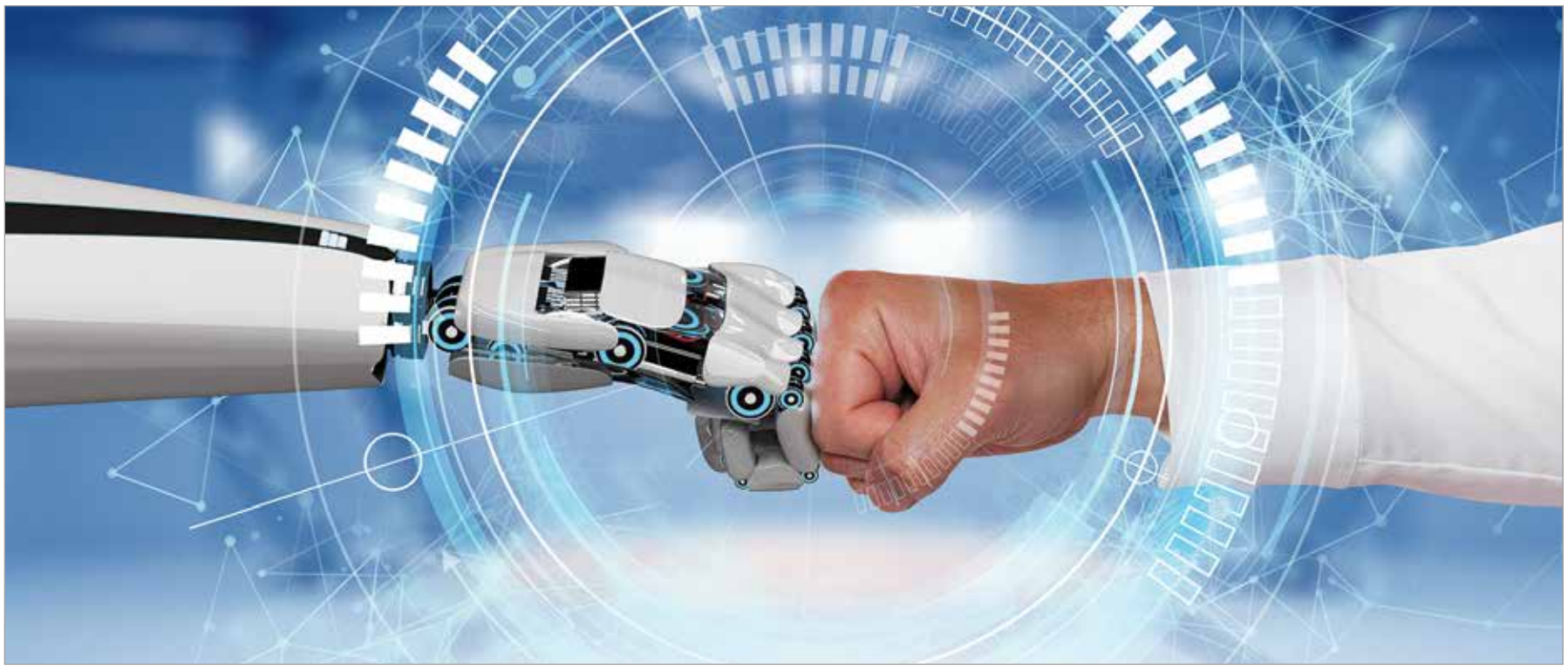
Keinen Durchbruch gab es auch bei den anderen Themen, die auf der Agenda standen. Dies gilt sowohl für die Öffnungszeiten im Handel als auch für die Regelung zur Sonntagsarbeit, die Arbeitsorganisation und den Mindestlohn.

Rentenreform separat behandeln

Nach der zweiten Sozialrunde im Staatsministerium zeigte sich CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff vor der versammelten Presse insgesamt erfreut darüber, dass der Sozialdialog wieder aufgenommen worden sei. „Die Regierung hat dabei nicht nur zugehört, sondern sich in einigen Punkten bewegt", so Wolff. Sie sei bereit, ihre Haltung teilweise zu überdenken. Mit Nachdruck betonte der CGFP-Vorsitzende, dass die Rentenreform nicht Bestandteil des Gesamtpakets sein dürfe, sondern separat behandelt werden müsse.

Premierminister Luc Frieden benutzte gegenüber den Journalisten die gleiche Wortwahl wie eine Woche zuvor. Das Glas sei eher „halb voll" als „halb leer". Immer wieder versuchte er sich als „Brückenbauer" darzustellen. „Jeder hat Pisten vorgelegt und diese werden alle ihre Berücksichtigung im Endpaket finden", so Frieden. Vor der Wiederaufnahme der Gespräche am kommenden 3. September hat der Regierungschef jetzt genügend Zeit, um sich Gedanken darüber zu machen, wie er dies bewerkstelligen will.

ml



Die Gewerkschaften im Wandel der Zeit

Gewerkschaften gibt es seit mehr als 150 Jahren. Ihre Rolle hat sich im Laufe der Zeit kontinuierlich weiterentwickelt. Durch die hart erkämpften historischen Errungenschaften haben sie sich als Erfolgsgarant für sozialen Frieden und Wohlstand erwiesen. Eine sich stark verändernde Arbeitswelt, der digitale und ökologische Wandel sowie die Folgen der Globalisierung stellen jedoch die Berufsorganisationen vor neue Herausforderungen. Eine Analyse.

Vor einigen Wochen wurde die CGFP von einer luxemburgischen Tageszeitung mit einer Presseanfrage konfrontiert. Brauchen wir in unserer modernen Arbeitswelt noch Gewerkschaften in ihrer aktuellen Form oder können wir uns auf dem Erreichten passend ausruhen, lautete die allgemeine Frage. Ein kleines Statement – gerne als freie Tribüne – wäre optimal, hieß es abschließend in der E-Mail des Journalisten.

Die Frage, ob Berufsorganisationen heute noch eine Daseinsberechtigung haben, ist nicht neu. Vor nicht allzu langer Zeit meinte ein ranghoher Patronatsvertreter sinngemäß, der Sozialdialog lasse sich auch ohne die Gewerkschaften gestalten. Allein diese empörende Aussage führt jedem vor Augen, dass starke Berufsorganisationen wie die CGFP, die sich mit aller Entschlossenheit für die Interessen der Beschäftigten einsetzen, mehr denn je gebraucht werden.

Die Sozialwahlen, die im vergangenen März Im öffentlichen Dienst stattfanden, sind ein wichtiger Gradmesser für die nationale Repräsentativität der CGFP. Die Gewerkschaftsarbeit beschränkt sich jedoch nicht darauf, die Wähler alle fünf Jahre dazu zu bewegen, ihr Kreuzchen an der richtigen Stelle zu machen.

Über die Rolle der Gewerkschaften in der wandelnden Arbeitswelt wird oft widersprüchlich diskutiert. Ihre historischen Erfolge sind unbestreitbar. Sie haben zahlreiche wichtige Errungenschaften erfolgreich durchgesetzt. Viele Dinge, die heute von Millionen Beschäftigten als selbstverständlich betrachtet werden, sind Verdienste der Gewerkschaften: angemessene Gehälter, die 40-Stunden-Arbeitswoche, der bezahlte Jahresurlaub, die soziale Sicherheit, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und vieles mehr.

Auch hierzulande wurden hart erkämpfte Errungenschaften wie die Einführung des Indexmechanismus konsequent verteidigt und ausgebaut. Die drei letzten Tripartite-Runden haben dies eindrucksvoll gezeigt. Der seit Jahren herrschende Dauer-Krisenmodus (hohe Inflation, Klima- und Energiekrise, die Folgen des Ukraine-Krieges und der Pandemie…) traf die Menschen mit voller Wucht. Viele Maßnahmen zur Entlastung der Bürger, die von der Politik getroffen wurden, wären ohne die Gewerkschaften nicht erfolgt. Bei den Maßnahmen zum Kaufkrafterhalt und bei der teilweisen Anpassung der Steuertabelle an die Inflation spielte die CGFP eine tragende Rolle.

Doch können die Gewerkschaften mit den rasend schnellen Veränderungen in der Arbeitswelt Schritt halten? Oder sind sie lediglich „a romantic kind of has been?“ In einer sich ständig verändernden Berufswelt stellt die Anpassungsfähigkeit einen entscheidenden Faktor dar. Ein kurzer Blick in die Vergangenheit genügt, um festzustellen, dass es den Gewerkschaften immer wieder gelungen ist, sich neu zu erfinden. Es besteht kein Zweifel daran, dass sie auch diesmal den Wandel schaffen, sofern sie gewillt sind, die neuen Anforderungen der Beschäftigten zu berücksichtigen.

Schlüsselakteure in der KI-Ära

Mit der Digitalisierung und dem ökologischen Wandel zur Bekämpfung des Klimawandels stehen neue große Herausforderungen an. Für die CGFP versteht es sich von selbst, dass dieser Umbruch Hand in Hand mit einer vernünftigen Sozialpolitik gehen muss. Angesichts der fortschreitenden Digitalisierung nimmt die Veränderungsgeschwindigkeit in vielen Lebensbereichen rasant zu.

Durch KI-gesteuerte Systeme entstehen permanent neue Berufsfelder und Arbeitsmöglichkeiten. Gleichzeitig drohen in bestimmten Sektoren Millionen von Arbeitsstellen zu entfallen. Für die Gewerkschaften bietet das Zeitalter der Künstlichen Intelligenz eine Chance, sich in der modernen Arbeitswelt neu zu positionieren.

KI-Systeme nehmen mit ihren Algorithmen zunehmend Einfluss auf unser Privat- und Berufsleben. Die ethischen Aspekte werden dabei zunehmend wichtiger. Die Gewerkschaften müssen Sorge dafür tragen, dass die Anwendung von KI die Rechte und die Würde der Arbeitnehmer nicht gefährdet.

Die Nutzung von KI am Arbeitsplatz darf nicht ausschließlich aus technischer Sicht betrachtet werden. Die Gewerkschaften können den Rahmen für einen konstruktiven und fairen Sozialdialog abstecken, in dem die politischen Entscheidungsträger, die Sozialpartner und die Technologieanbieter sich gemeinsam über die bestmög-

liche KI-Implementierung austauschen. Bei der Ausarbeitung von Regelungen, die den neuen Arbeitsbedingungen gerecht werden, können die Arbeitnehmervertreter einen wertvollen Input leisten.

Überwindung der digitalen Kluft

Der technologische Fortschritt darf nicht zu einer wachsenden gesellschaftlichen Kluft führen zwischen Mitarbeitern, die über die nötigen Skills verfügen und jenen, die den digitalen Zug verpassen. Damit die Arbeitnehmer wettbewerbsfähig bleiben, machen sich die Gewerkschaften für gleichberechtigte Bildungszugänge sowie für verstärkte technologische Weiterbildungen und Umschulungen stark. Oberstes Ziel muss es sein, den Übergang in das neue digitale Zeitalter einfacher zu gestalten und somit Ängste vor Veränderungen abzubauen.

Im Zuge der unaufhaltsamen digitalen Transformation sind viele neue Arbeitsformen und -modelle entstanden, darunter auch das Homeoffice. Es ist der CGFP hoch anzurechnen, dass das Recht auf Abschalten für die Staatsbediensteten hierzulande gesetzlich verankert wird. Mit der ausgehandelten Telearbeit-Neuregelung hat die CGFP faire und einheitliche Regeln durchgesetzt, die nach Ablauf der gesetzgeberichen Prozedur im gesamten Staatsdienst angewandt werden.

Damit die Anliegen der Arbeitnehmer und Ruheständler auch in Zukunft ernst genommen werden, sind starke Gewerkschaften bei der Zukunftsgestaltung unumgänglich. Können Sie sich beispielsweise vorstellen, dass eine Pensionsreform ohne die Einbindung der Arbeitnehmervertreter umgesetzt wird? Es wäre ein schwerwiegender Fehler, den sozialen Zusammenhalt, auf dem Altar der Gewinnmaximierung zu opfern.

Eine Aussage des Generaldirektors der Handelskammer gegenüber dem „Luxemburger Wort“ lässt aufhorchen. Der Patronatslobbyist fand es begrüßenswert, dass die Regierung den Dialog mit den Sozialpartnern fördern möchte. Allerdings müssten die politisch Verantwortlichen in der aktuell schwierigen geopolitischen und wirtschaftlichen Lage „entschlossen und schnell handeln, wenn Gespräche ins Leere laufen und nicht zielführend“ seien. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass politische Entscheidungen, die im Hauruck-Verfahren und ohne nationalen Konsens getroffen wurden, sich stets als Trugschluss erwiesen haben.

Ein wichtiger Gegenpol zur Machtverschiebung

Wir leben in turbulenten Zeiten, die von „Fake News“, wachsendem Populismus und zunehmender Politikverdrossenheit geprägt sind. Immer mehr Bürger verlieren das Vertrauen in die Politik. Gerade in diesen unsicheren Zeiten wird deutlich, dass die Gewerkschaften nichts an ihrer Daseinsberechtigung eingebüßt haben. Im Gegenteil!

Noch nie waren Geld und Macht so eng miteinander verflochten wie jetzt. In Russland nehmen Oligarchen schon seit Jahren ungeniert Einfluss auf die Politik. Nach dem Amtsantritt von Donald Trump war in den USA in der Person von Elon Musk der reichste Mann der Welt während einigen Monaten direkt am politischen Entscheidungsprozess beteiligt. Der Interessenkonflikt, der damit entstand, war äußerst gefährlich und fragwürdig.

Diese neue Art von Machthabern ist dafür verantwortlich, dass die Demokratie zunehmend ins Wanken gerät. Die Leidtragenden dabei sind die Bürger. Die Arbeitnehmer laufen immer mehr Gefahr, ins Abseits gedrängt zu werden. Angesichts dieser neuen Machtverhältnisse ist es wichtiger denn je, dass die Gewerkschaften ein Gegenpol zu realitätsfremden Vorstellungen mancher Oligarchen bilden.

Die Gewerkschaften verstehen sich nicht nur als Verhandlungspartner der Regierung, sondern auch als Bewahrer des Zusammenhalts. Sie sind ein wichtiger Teil der gesellschaftlichen Mitte. Ihre Unabhängigkeit ist dabei von größter Bedeutung. Nur Berufsorganisationen, die eine gesunde Distanz zur parteipolitischen Klüngelei bewahren, bleiben glaubwürdig. Seit ihrer Gründung achtet die CGFP darauf, unabhängig von den politischen Machtverhältnissen stets die Interessen der öffentlich Bediensteten in den Vordergrund zu stellen.

Mit ihrem kontinuierlichen Einsatz bemühen sich die Arbeitnehmervertreter stets darum, der Spaltung der Gesellschaft Einhalt zu gebieten. Sie tragen somit entscheidend dazu bei, die gesellschaftliche Entwicklung in geordnete Bahnen zu lenken. Die Gewerkschaften balancieren das ungleiche Machtverhältnis zumindest teilweise aus.

Aus der Einheit eine Vielfalt bilden

Bei einem Streitfall mit einem mächtigen Arbeitgeber werden dem einzelnen Mitarbeiter – wenn überhaupt – nur geringe Chancen eingeräumt. Allzu oft weigert sich die Führungsetage, auf die Anliegen einer Einzelperson einzugehen, so berechtigt diese auch sein mögen. Mit der Rückendeckung einer Gewerkschaft entsteht jedoch eine völlig andere Dynamik. In solchen Situationen wird deutlich, dass der Slogan „L’union fait la force“ keine x-beliebige Floskel ist.

Immer mehr Arbeitnehmer legen vermehrt Wert auf flexible Arbeitsbedingungen, die ihren Bedürfnissen so weit wie möglich gerecht werden. Die Gewerkschaften sind hier zunehmend gefordert. Sie müssen die vielfältigen Interessen der Beschäftigten wirksam vertreten.

Die CGFP ist kein hermetisch abgeschlossener Kreis. Getreu dem Motto „Zesumme si mir staark“ gruppiert sie die Interessen ihrer Mitglieder und schöpft somit aus der Vielfalt eine Einheit. Ihre Vorgehensweise fußt auf demokratischen Prinzipien. Regelmäßig entscheidet der Nationalvorstand über die von der CGFP-Exekutive vorgeschlagene Kursrichtung.

Außerdem hat jedes Mitglied zusätzlich dazu noch die Möglichkeit, sich aktiv einzubringen.

Die Gewerkschaften dürfen den Blick für das Ganze nicht verlieren. Sie müssen jede Gelegenheit nutzen, um ihren Aktionsradius zu erweitern. Die internationale Zusammenarbeit gewinnt zunehmend an Bedeutung. Und das aus gutem Grund. Multinationale Konzerne agieren in zahlreichen Ländern und sind somit nicht mehr in Reichweite der nationalen Gewerkschaften. Auf europäischer Ebene setzt sich die CGFP als Gründungsmitglied der „European Confederation of Independent Trade Unions“ (CESI) vermehrt für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und einen leistungsstarken öffentlichen Dienst in Europa ein.

Die Gewerkschaften weisen unermüdlich darauf hin, dass ein Leben in Würde ohne einen gut funktionierenden starken Sozialstaat nicht möglich ist. Ihre Aufgaben sind äußerst vielfältig. Sie kämpfen für sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, sorgen für die bestmögliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie wachen über die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen und engagieren sich für eine angemessene Lohnentwicklung und für eine gerechtere Steuerpolitik. Zudem fordern sie eine auf dem Solidaritätsprinzip beruhende Politik bei der Alters- und Gesundheitsvorsorge.

Ein Grundpfeiler der sozialen Demokratie

In vielen Bereichen nehmen die Gewerkschaften somit eine Schlüsselrolle ein. Das gilt auch für die CGFP, die jedes Mal, wenn es um Allgemeininteressen geht, die den Staatsdienst betreffen, exklusiver Verhandlungspartner der Regierung ist. Neben dem Aushandeln von Gehälterabkommen tritt sie bei ihrem

Fortsetzung siehe Seite 11

FONDATION
CGFP DE SECOURS

CGFP-SERVICES

Wie kann man Gutes tun?

1. Mittels einer großzügigen Spende – gelegentlich oder regelmäßig – an das CGFP-Hilfswerk.
2. Zudem: Wenn Sie ein gutes oder weniger gutes Ereignis in Ihrer Familie oder in Ihrem Freundeskreis haben, dann können Sie Ihren Glückwünschen oder Ihrer Anteilnahme durch eine dem Anliegen entsprechende Spende an das CGFP-Hilfswerk Ausdruck verleihen.

   Somit bekunden Sie aus Solidarität Ihre konkrete Verbundenheit mit vielen Bedürftigen dieser Welt.

Fondation CGFP de Secours

(agréée par arrêté grand-ducal du 19 octobre 1995)

CCPLLULL: LU46 1111 0733 4614 0000

(Die Geldspenden sind steuerlich absetzbar und werden dem Spender zertifiziert.)

Fortsetzung von Seite 9

regelmäßigen Austausch mit dem zuständigen Minister für die Interessen der Staatsbediensteten ein.

Die Gewerkschaften sind ein Grundpfeiler der sozialen Demokratie. Als national repräsentative Berufsorganisation ist die CGFP in vielen Gremien vertreten (Tripartite, CPTE, CES…). Hier versuchen die Sozialpartner und die Regierung konsensorientierte Lösungen zur Wahrung des sozialen Friedens zu finden.

Ist jedoch das Verhandlungspotenzial ausgeschöpft, bleibt den Arbeitnehmervertretern in der Regel nichts anderes übrig, als auf drastischere Maßnahmen zurückzugreifen, wie dies zuletzt bei den erfolgreichen CGFP-Protestkundgebungen im April 2024 und im Juni 2025 der Fall war. Protestkundgebungen – und im Extremfall Arbeitsniederlegungen – sind ein adäquates Mittel, um berechtigten Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Werden jedoch diese Mittel zu oft eingesetzt, verlieren sie ihre Strahlkraft. Die Gewerkschaftsarbeit darf sich also nicht auf Protestkundgebungen und Streiks beschränken. Die Herausforderungen der modernen Arbeitswelt lassen sich nicht mit einer überholten Klassenkampf-Rhetorik bewältigen. Weitaus sinnvoller ist es, konsensfähige Lösungsansätze vorzulegen, so wie es jüngst bei der Renten- und Pensionsdebatte der Fall war. Die CGFP hat in dem Arbeitnehmergutachten, des Wirtschafts- und Sozialrats, im Schulterschluss mit den beiden anderen national repräsentativen Gewerkschaften, nicht nur rote Linien aufgezeigt, sondern auch alternative Finanzierungsquellen zur langfristigen Absicherung der Altersvorsorge vorgeschlagen.

„Der größte Vertrauensbeweis der Menschen liegt darin, dass sie sich voneinander beraten lassen", zu diesem Schluss gelangte der ehemalige englische Staatsmann und Philosoph Francis Bacon. Diese Feststellung bringt uns in der Beantwortung der Frage, warum wir noch eine Gewerkschaft brauchen, ein entscheidendes Stück weiter. Rechtsberatung wird bei der CGFP großgeschrieben. Bei einem Konflikt mit dem Arbeitgeber finden die betroffenen Mitglieder die nötige Unterstützung und rechtlichen Beistand. Kompetente Ansprechpartner stehen ihnen mit Rat und Tat zur Seite. Neben fachkundiger Beratung bieten viele Gewerkschaften – darunter auch die CGFP über ihre Dienstleistungsstruktur – ein breites Spektrum an günstigen Angeboten.

Selbstverständlich ist eine Gewerkschaft immer nur so stark wie die Anzahl ihrer Mitglieder. Die Mitgliederstärke sichert nicht nur ihre Überlebensfähigkeit ab. Sie ist auch ein entscheidender Faktor für die Verhandlungsmacht und die politische Einflussnahme.

Ständiger Mitgliederzuwachs

Die düsteren Prognosen und damit einhergehenden Zukunftsängste sowie die allgemeinen Preissteigerungen haben viele Menschen dazu bewogen, einer Gewerkschaft beizutreten. Solidarität ist zeitlos.

In Luxemburg weist der öffentliche Dienst eine beeindruckende Gewerkschaftsdichte auf. Insgesamt 37.500 Menschen sind zurzeit beim Staat beschäftigt. Legt man diese Zahl mit der CGFP-Mitgliederzahl übereinander, gelangt man zu der Feststellung, dass mehr als 90 % der Staatsbediensteten gewerkschaftlich organisiert sind. Die steigenden Mitgliederzahlen sind ein weiterer Beleg dafür, dass eine einflussreiche Einheitsgewerkschaft wie die CGFP, die alle Bereiche des Staatsdienstes abdeckt, auf große Zustimmung bei den Beschäftigten trifft.

Alle oben angeführten Beispiele zeigen, dass die Gewerkschaften nach wie vor die treibende Kraft des sozialen Fortschritts sind. Sie haben nichts an ihrer Daseinsberechtigung und an ihrem Durchsetzungsvermögen eingebüßt.

An ihnen führt kein Weg vorbei, wenn es darum geht, sich für die Rechte der arbeitenden Menschen einzusetzen und gesellschaftliche Reformen voranzutreiben. Gerade in Krisenzeiten, die einen Umbruch in der Arbeitswelt und in der gesamten Gesellschaft nach sich ziehen, können die Gewerkschaften neue Impulse für solidarisches Handeln geben.

Max Lemmer

CGFP fordert klare Rahmenbedingungen für Coworking Spaces

Anfang Mai wurde im Beisein des Ministers des öffentlichen Dienstes ein neuer Coworking-Standort in Clerf eingeweiht. Die neue Infrastruktur steht den Staatsbediensteten seit Mitte April zur Verfügung. Das Großraumbüro bietet auf einer Fläche von 185 Quadratmetern Platz für 14 Arbeitsplätze. Der Neubau liegt in direkter Umgebung einer Bushaltestelle und des Bahnhofs. Der Kostenpunkt für den Staat beläuft sich auf monatlich rund 7.800 Euro. Darin inbegriffen sind die Bürofläche, die Gebäudereinigung, die Parkplätze und weitere Nebenkosten.

„Coworking bringt den Arbeitsplatz der Mitarbeiter*innen näher an ihren Wohnort", erfreute sich der zuständige Ressortminister bei der Einweihung. „Coworking verbessert nicht nur die Lebensqualität der Mitarbeiter*innen und ihr Wohlbefinden am Arbeitsplatz, sondern ist auch ein Beitrag zum Umweltschutz", ergänzte Serge Wilmes.

Gegen diese Darstellung ist prinzipiell nichts einzuwenden. Rund 1.000 öffentlich Bedienstete, die im Norden Luxemburgs bzw. im nahen Grenzgebiet wohnen, erhalten somit die Möglichkeit, beinahe eine Stunde Fahrzeit einzusparen. Somit könnten jährlich bis zu 26,2 Tonnen weniger CO2 verursacht, hat die PR-Abteilung des Ministeriums fleißig vorgerechnet.

Das Projekt in Clerf ist Bestandteil eines umfangreichen Konzeptes, das im März vergangenen Jahres mit der Inbetriebnahme des ersten Coworking Space in Schieren auf den Weg gebracht wurde. Die 22 Arbeitsplätze sind dort auf einer Fläche von 200 Quadratmetern verteilt.

Geht es den Plänen der Regierung nach, wird das Coworking-Angebot im Staatsdienst kontinuierlich erweitert. Im September dieses Jahres ist die Eröffnung eines neuen Standorts in Düdelingen/Bettemburg mit 32 Arbeitsplätzen vorgesehen. Bis Ende kommenden Jahres sollen die öffentlich Bediensteten an fünf verschiedenen Standorten auf insgesamt 120 Coworking-Plätze zurückgreifen können.

CSV und DP haben sich in ihrem Koalitionsabkommen auf den stufenweisen Ausbau dieser Strategie geeinigt. In der Vereinbarung heißt es: „Die Regierung verpflichtet sich, die Schaffung von Coworking-Spaces im ganzen Land einschließlich der Grenzregionen, zu fördern."

Die CGFP ist der Ansicht, dass der öffentliche Dienst als moderner Arbeitgeber den neuesten Entwicklungen in der Arbeitswelt Rechnung tragen muss, um somit wettbewerbsfähig zu bleiben. Bevor jedoch das Coworking-Angebot auf einer flächendeckenden Ebene eingeführt wird, liegt es auf der Hand, dass die im Rahmen der Pilotprojekte gesammelten Erfahrungen zunächst einer gründlichen Analyse unterzogen werden.

Ziel muss es sein, dass dieselben Arbeitsbedingungen an den jeweiligen Standorten herrschen. Die technische Ausrüstung und die Innenausstattung müssen den gleichen Standards entsprechen. Einheitliche Regeln müssen

z.B. beim maximalen Grenzwert des Lärmpegels und bei der zur Verfügung stehenden Arbeitsfläche gelten. Zudem muss sichergestellt werden, dass es im Büro ausreichend Rückzugsgebiete für berufliche Gespräche gibt, die eine gewisse Diskretion erfordern.

Außerdem muss – ähnlich wie bei der Homeoffice-Regelung – gewährleistet werden, dass auch künftig niemandem eine Coworking-Struktur aufgezwungen werden kann. Schließlich darf der systematische Ausbau dieser neuen Arbeitsform nicht darauf hinauslaufen, dass die Verwaltungen in Zukunft für die Bürger weniger zugänglich sind.

All diese angeführten Beispiele zeigen, dass die vermehrte Einführung von Coworking-Strukturen nicht unkontrolliert ausarten darf. Es führt kein Weg an klaren Rahmenbedingungen vorbei, die unter Einbindung der CGFP ausgearbeitet werden müssen. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die künftigen Bestimmungen nicht über eine großherzogliche Verordnung festgelegt, sondern gesetzlich verankert werden.

ml

CESI Summer Days in Brüssel mit CGFP-Beteiligung

Eine neue Roadmap für hochwertige Arbeitsplätze

In einer sich rasch wandelnden Arbeitswelt bleibt die Gewährleistung des Zugangs zu hochwertigen Arbeitsplätzen eine zentrale Herausforderung für Gewerkschaften, politische Entscheidungsträger, Arbeitsverwaltungen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft. Die „European Confederation of Independent Trade Unions" (CESI) lud am 26. und 27. Juni zur fünften Ausgabe der CESI Summer Days in Brüssel ein. Die Veranstaltung bot eine gute Gelegenheit, von der Diagnose zu Lösungen zu gelangen.

Die diesjährige Ausgabe der CESI Summer Days stand unter dem Motto *„Ein Fahrplan für hochwertige Arbeitsplätze – die Rolle der aktiven Arbeitsmarktpolitik"*. Zwei Tage lang tauschten sich Gewerkschafter intensiv mit interessanten Gesprächspartnern aus: Anwesend waren politische Entscheidungsträger, Forscher, Vertreter*innen von EU-Institutionen, Thinktanks, öffentliche Arbeitsverwaltungen, die internationale Arbeitsorganisation ILO, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWS), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und nicht zuletzt Vertreter*innen der Zivilgesellschaft.

Dabei wurden u.a. folgende Fragen erörtert: Wie kann eine aktive Arbeitsmarktpolitik (ALMP) genutzt werden, um nachhaltige und integrative Beschäftigung zu schaffen? Welche Rolle spielen öffentliche und private Akteure bei der Umsetzung einer wirksamen ALMP? Wie können die Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft zur Gestaltung aktiver Arbeitsmarktstrukturen beitragen, die niemanden zurücklassen? Welche sektorspezifischen Strategien sind erforderlich, um auf die vielen Veränderungen zu reagieren?

Der für das CESI-Event ausgewählte Zeitpunkt hätte nicht passender sein können: In ganz Europa stehen die Arbeitsmärkte zurzeit unter einem außergewöhnlichen Druck. Der demografische Umbruch, der grüne und technologische Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit und Digitalisierung, die instabile geopolitische Lage und die Folgen der COVID-19-Pandemie. All diese Veränderungen finden gleichzeitig statt und erfordern ein schnelles Handeln.

Das jüngste Eurofund-Jahrbuch, das im Mai veröffentlicht wurde, zeigt eindeutig: Europa steht nicht vor einem vorübergehenden Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt, sondern vor einer langfristigen strukturellen Arbeitskräftekrise. In Schlüsselbranchen wie dem Baugewerbe, der ICT, dem Gesundheits- und Pflegesektor bleiben die Stellenangebotsraten zwar auf einem historisch hohen Niveau. Klein- und mittelgroße Unternehmen haben hingegen große Schwierigkeiten, Arbeitskräfte mit den richtigen Qualifikationen zu finden. Angesichts dieser bedrohlichen Entwicklung läuft die EU Gefahr, ihre Ziele für den grünen und digitalen Wandel nicht umsetzen zu können.

Die EU hat sich vorgenommen, bis 2030 eine Beschäftigungsquote von 78 % zu erreichen. Auf dem Weg zu diesem Ziel wurden bereits erhebliche Fortschritte gemacht. Aber die Zahlen sagen nicht alles. Sieht man sich die Qualität der geschaffenen Arbeitsplätze an, wird das Bild besorgniserregend: unsichere, prekäre Arbeitsplätze, die kein menschenwürdiges Leben ermöglichen, unvorhersehbare Löhne, Erwerbsarmut, schlechte Arbeitsbedingungen, Arbeitsplätze, für die die Beschäftigten überqualifiziert sind und die zudem keine Möglichkeit bieten, sich weiterzubilden. Das ist nicht das faire soziale Europa, das wir haben möchten, so der Tenor der CESI Summer Days, an denen auch eine sechsköpfige CGFP-Delegation teilnahm.

Flexible Arbeitsmodelle

Ein Vertreter der EU-Kommission wies darauf hin, dass Schätzungen zufolge die EU-Bevölkerung im erwerbstätigen Alter bis 2050 voraussichtlich um durchschnittlich eine Million Beschäftigte pro Jahr schrumpfen wird. Vor diesem komplexen Hintergrund wird immer offensichtlicher, dass aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Eingliederung von Menschen, die nicht über eine ausreichende Qualifikation verfügen, unabdingbar sind.

Wir müssen unseren Optimismus und unseren Glauben daran bewahren, dass der Wandel nicht nur Herausforderungen, sondern auch Chancen bietet, lautete eine der Kernbotschaften. Um sicherzustellen, dass wir diese Chancen nutzen und die Aufgaben bewältigen, sei es jetzt höchste Zeit zu handeln, hieß es. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik sei entscheidend, um Veränderungen für die Arbeitnehmer zu einer Erfolgsgeschichte zu machen. Die Arbeitsmärkte müssten gerechter, integrativer und widerstandsfähiger werden.

In seiner Begrüßungsansprache ging CESI-Generalsekretär Klaus Heeger auf mehrere Faktoren in Bezug auf die Stellenangebote ein. Zum einen würden die demografischen Veränderungen zu einem Rückgang der verfügbaren Arbeitskräfte führen. Zum anderen sei das Arbeitskräftepotenzial nicht ausreichend ausgeschöpft. Schließlich würden die neuen Arbeitsplätze infolge des technologischen Fortschritts höhere Qualifikationsanforderungen mit sich bringen. Außerdem gebe es eine Diskrepanz zwischen der Bildung und den Anforderungen des Arbeitsmarktes.

Ziel müsse es sein, möglichst viele nachhaltige Arbeitsplätze zu erhalten und zahlreiche hochwertige Jobs zu schaffen. In Zukunft würden flexible Arbeitsmodelle zunehmend an Bedeutung gewinnen. Dabei gelte es, gewisse Schutzvorkehrungen zu treffen. In den Bereichen Qualifizierung und Umschulung sei eine leistungsfähige Politik unter Einbindung der Sozialpartner erforderlich, so Heeger. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik erfordere starke Gewerkschaften, Sozialschutz und performante öffentliche Dienste.

Nicht in alten Denkschemen verharren

Der CESI-Vorsitzende und zugleich CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff befasste sich in seiner Rede mit der Rolle der Arbeitnehmervertreter. „Wir müssen unsere Ziele erweitern", so Wolff. Die Gewerkschaften würden zurzeit oft eine defensive Haltung einnehmen. Diese Herangehensweise sollte nicht ihre einzige Strategie sein.

Der Arbeitsmarkt befinde sich in einem ständigen Wandel. In diesem Sinne sollte man nicht in einer traditionellen Rolle

Eine sechsköpfige CGFP-Delegation nahm an den zweitägigen Debatten der CESI Summer Days in Brüssel teil: CGFP- und CESI-Vorsitzender Romain Wolff sowie CESI-Generalsekretär Klaus Heeger umgeben von Presseattaché Max Lemmer, Vizepräsident Gilbert Goergen, Assessor Christian Schleck, Generalsekretär Steve Heiliger und Rechtsberater Guy Modert. (v.l.n.r.)

verharren, sondern die Denkweise ändern. Die Gewerkschaften würden die Erfordernisse auf dem Arbeitsmarkt bestens kennen. Allerdings müssten sie zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um Arbeitssuchenden, Arbeitslosen und Nichterwerbstätigen bei der Suche nach einer Stelle behilflich zu sein, so Wolff.

Eine weitere Anmerkung galt dem Sozialdialog. Dieser nehme eine äußerst wichtige Rolle ein. Sozialdialog bedeute jedoch nicht, den Sozialpartnern nur zuzuhören. Deren Meinungen müssten bei der Suche nach Kompromissen auch berücksichtigt werden. Indem man den Menschen, die auf dem „Terrain" arbeiten, zuhöre, gelange man zu besseren Lösungen, betonte der CESI-Vorsitzende.

„Der Dialog ist der Schlüssel des Erfolges", hatte es zuvor in einer Diskussionsrunde geheißen. Transparenz und Ehrlichkeit, gegenseitiges Vertrauen und das gemeinsame Besprechen von Hindernissen seien Dinge, mit denen man die Zukunft wirklich verbessern könne. Jetzt sei es an der Zeit, zusammen Lösungen zu finden.

In der heutigen sich wandelnden Welt sei es nicht nur ein Ziel, sondern eine Notwendigkeit, Menschen dabei zu helfen, hochwertige Arbeit zu finden und neue Fähigkeiten zu erlernen, unterstrich Oliver Röpke, der Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWS) in einer Videobotschaft. Hier käme die aktive Arbeitsmarktpolitik ins Spiel. Diese umfasse eine Vielzahl von Maßnahmen, darunter Ausbildung und Lehre, Arbeitsvermittlung, Lohnzuschüsse und Unterstützung für die Mobilität von Arbeitnehmern.

In die Menschen investieren

Um wirklich wirksam zu sein, reiche es jedoch nicht aus, nur zu reagieren, so Röpke: „Wir brauchen eine Politik, die die Zukunft antizipiert und die Arbeitnehmer auf die grüne Wirtschaft, den digitalen Wandel und die globalen Veränderungen in der Industrie vorbereitet." Dies bedeute beispielsweise, dass die Investitionen in lebenslanges Lernen ein individuelles Recht für alle seien.

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die den Menschen helfe, hochwertige Arbeitsplätze zu finden, sei gut für die Arbeitnehmer und nutze der Wettbewerbsfähigkeit. „Wenn Arbeitnehmer fair bezahlt werden, eine Arbeitsplatzsicherheit haben und mitreden können, leisten sie mehr. Sie sind innovativ und fördern somit die Produktivität und das langfristige Wachstum", schlussfolgerte der EWS-Vorsitzende.

Das Verhältnis zwischen umfangreichen Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und den Umstrukturierungen, bei denen Arbeitsplätze abgebaut werden, verändere sich in eine falsche Richtung, gab ein Eurofound-Vertreter zu bedenken. Mit der Krise in der Automobilindustrie habe sich das einstige Gleichgewicht in der „Green Economy" in einen negativen Trend verschoben. In Bereichen, die den grünen Wandel betreffen, sei die Präsenz der Sozialpartner geringer als im Durchschnitt.

Leistungstarke öffentliche Dienste erforderlich

Bei den Umstrukturierungen, die der Digitalisierung zugeschrieben werden, falle die Bilanz hingegen wesentlich positiver aus. Fazit: Bei den Umstrukturierungsmaßnahmen, an denen die Sozialpartner beteiligt waren, seien die Ergebnisse aus Sicht der Arbeitnehmer erheblich besser.

Bei den CESI Summer Days wurde bekräftigt, dass aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nicht als isolierte Initiativen zu betrachten sind. Sie müssen vielmehr in umfassendere nationale Beschäftigungsstrategien eingebettet werden. Rund neun Millionen Menschen sind zurzeit in der EU arbeitslos oder unterbeschäftigt. Insbesondere diese Gruppe birgt viel Innovationspotenzial. Wenn man diese Menschen aktivieren könnte, würde dies zu einem zusätzlichen Bruttoinlandsprodukt von 160 Billionen Euro führen, bemerkte ein Diskussionsteilnehmer.

Mehrfach wurde betont, dass starke öffentliche Arbeitsverwaltungen eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik und der Bereitstellung von Beratungs- und Vermittlungsinstrumenten spielen. Neue Ansätze zu finden, um jene Menschen zu erreichen, die nicht am Arbeitsmarkt teilnehmen, sei eine große Herausforderung, die über die reine Vermittlung einer freien Stelle hinausgehe. Ziel müsse es sein, den Menschen zu helfen, eine Arbeit zu finden, die nicht nur ihren Fähigkeiten, sondern auch ihren Werten entspreche. Dies erfordere ausreichende Ressourcen und eine angemessene Personalausstattung.

Öffentliche Arbeitsverwaltungen könnten jedoch nicht allein handeln. Wenn es um die Integration von Menschen in den Arbeitsmarkt gehe, sei der Aufbau von Partnerschaften besonders wichtig. Weitgehende Einigkeit herrschte darüber, dass eine enge Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, Dienstleistern, Unternehmen, Bildungseinrichtungen und den lokalen Akteuren notwendig sei, um erfolgreich und effizient handeln zu können.

In diesem Zusammenhang sei ein Beispiel aus Deutschland erwähnt. In Nordrhein-Westfalen wurde die sogenannte „Arbeitsmarktdrehscheibe" gestartet. Dabei handelt es sich um ein flexibles Modell, das Unternehmen, die Personal abbauen, mit Firmen zusammenbringt, die Beschäftigte einstellen. Entwickelt wurden Leitlinien und Unterstützungsangebote. Das Konzept soll jetzt in Deutschland ausgebaut werden.

Große Veränderungen erfordern auch individuelle Lösungen. Einer der Redner sprach sich für die Einrichtung individueller Lernkonten aus. Den Mitarbeitern sollte ermöglicht werden, individuelle Lerninhalte auszuwählen, um die Weiterbildung zu fördern.

Schluss mit Stigmatisierung am Arbeitsmarkt

Menschen mit Behinderungen haben unterschiedliche Bedürfnisse. Deshalb müsse sichergestellt werden, dass sie den gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten wie andere Beschäftigte, so eine weitere Forderung. Trotz einiger Fortschritte gebe es nach wie vor große Herausforderungen. Für Menschen mit einer Behinderung sei der Zugang zum Arbeitsmarkt immer noch sehr schwierig. Deren Beschäftigungsquote liege bei 51 %. Bei Menschen ohne Behinderung betrage die Quote 75 %.

In einigen Ländern seien behinderte Bürger vollständig vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen, noch bevor sie überhaupt mit der Stellensuche beginnen. Oft seien die digitalen Plattformen zum Versenden von Lebensläufen und Bewerbungen nicht barrierefrei. Der fortbestehenden Stigmatisierung müsse man mit Antidiskriminierungsgesetzen, angemessenen Vorkehrungen am Arbeitsplatz und Investitionen in inklusive Bildung, digitalen Kompetenzen und inklusiver Beschäftigung entgegenwirken.

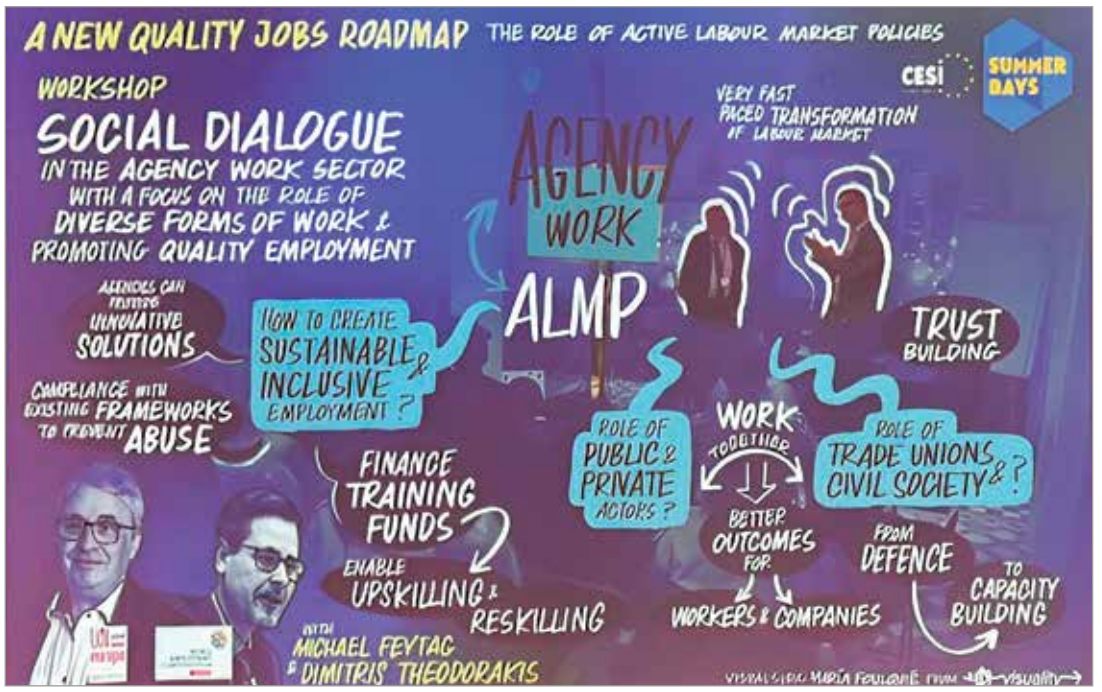
Eine gemeinsame Verantwortung

Mit einer Prise Humor zitierte CESI-Generalsekretär Klaus Heeger beim Auftakt der CESI Summer Days den US-Schauspieler Bill Murray: „Twenty years ago we had Johnny Cash, Bob Hope and Steve Jobs. Now we have no cash, no hope and no jobs. Please don't let Kevin Bacon die." „Wir stehen vor schwierigen Zeiten, aber wir haben immer noch Bacon", scherzte Heeger.

In der Tat herrschte bei den zweitägigen Debatten ein breiter Konsens darüber, dass die Herausforderungen groß, aber nicht unüberwindbar seien, wenn alle Akteure an einem Strang ziehen würden. Die politischen Maßnahmen müssten mit einem starken Sozialschutz einhergehen. Die Arbeits-, Digital- und Umweltpolitik müssten Hand in Hand gehen.

Der Arbeitsmarkt sei eine gemeinsame Verantwortung. Das Bildungssystem könne nicht alles stemmen. Ein großer Teil der Verantwortung liege in den Händen der Sozialpartner und der politisch Verantwortlichen. Oberste Priorität sei es, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und eine Politik zu gestalten, die Arbeitnehmer stärke, Ungleichheit abbaue und ein nachhaltiges, integratives Wachstum fördere, hieß es abschließend.

Max Lemmer



PRIMUS
HOME & PARTNERS

Zu Olm
Roueg geleeën an der Cité Kurt

Präis : 1 498 000 €

Grousst an agreabelt Haus vun 1988, zu 4 Säite fräi,
235 m² Wunnfläch, 375 m² Gesamtfläch, Terrain 8,39 Ar
3 -4 Schlofkummeren, 2 Buedzëmmer, grousst Iess- / Wunnzëmmer vu 45m², separat Kiche mat enger "Stiffchen", ganz ënnerkellert, flott Proprietéit, Energieklasse F/F

Fir weider Informatiounen oder fir eng Visitt, kontaktéiert eis gären per Telefon oder Mail :
+352 26 67 22 86
+352 621 29 79 59
christian.eilert@primushome.lu

www.primushome.lu

WERDEN SIE NOCH HEUTE **MITGLIED!**

CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE DE LA FONCTION PUBLIQUE
Boîte postale 210 • L-2012 LUXEMBOURG

CGFP

Die CGFP bietet unter anderem eine wirksame Berufsvertretung, kostenlose juristische Beratungen in Beamtenrechtsfragen, kostenlose Auskünfte und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot wie z.B. CGFP-Bausparen, CGFP-Versicherungen, Krankenzusatzversicherung und Zusatzpensionsversicherung.

PVC

ALU

BOIS

PORTES ET FENÊTRES
PVC | BOIS | ALU
VERANDAS
PERGOLAS

VENEZ DÉCOUVRIR NOTRE SHOWROOM ET PROFITEZ DES CONSEILS DE NOS SPÉCIALISTES !

METALICA Home

SHOWROOM
181, rue de Luxembourg – L-4222 ESCH/ALZETTE
Tel.: (+352) 55 21 56-1 | info@metalica.lu | **www.metalica.lu**

SCHÜCO josko MADE IN LUXEMBOURG

Nous vous accueillons
Lundi au vendredi, **de 9:00-18:00 h**
Samedi, **09:00-13:00 h**
Ou sur rendez-vous : **www.metalica.lu**

Vom 2. bis 13. Juni 2025

Die Sicherung des Weltfriedens auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit

IAO tagte zum 113. Mal in Genf

Als „ständige Einrichtung zur Förderung des Weltfriedens auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit" versteht sich die im Jahre 1919 gegründete Internationale Arbeitskonferenz, kurz IAO. Ein Blick in die IAO-Chronik bringt es auf den Punkt:

„Die Internationale Arbeitsorganisation wurde in einer Zeit des Aufruhrs, des raschen sozialen und technologischen Wandels geboren. In einer Welt, die um den Wiederaufbau kämpfte, um sich von den Verwüstungen des Ersten Weltkrieges zu erholen, wurde die IAO mit der Überzeugung gegründet, dass soziale Gerechtigkeit für einen universellen und dauerhaften Frieden unerlässlich ist. Wenn Regierungen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenkommen können, öffnen sich Türen und soziale Gerechtigkeit schreitet voran."

Und genau diesem Auftrag will die Internationale Arbeitskonferenz auch heute, mehr als 100 Jahre nach ihrer Gründung, immer noch gerecht werden.

Ständige Einrichtung des Völkerbundes

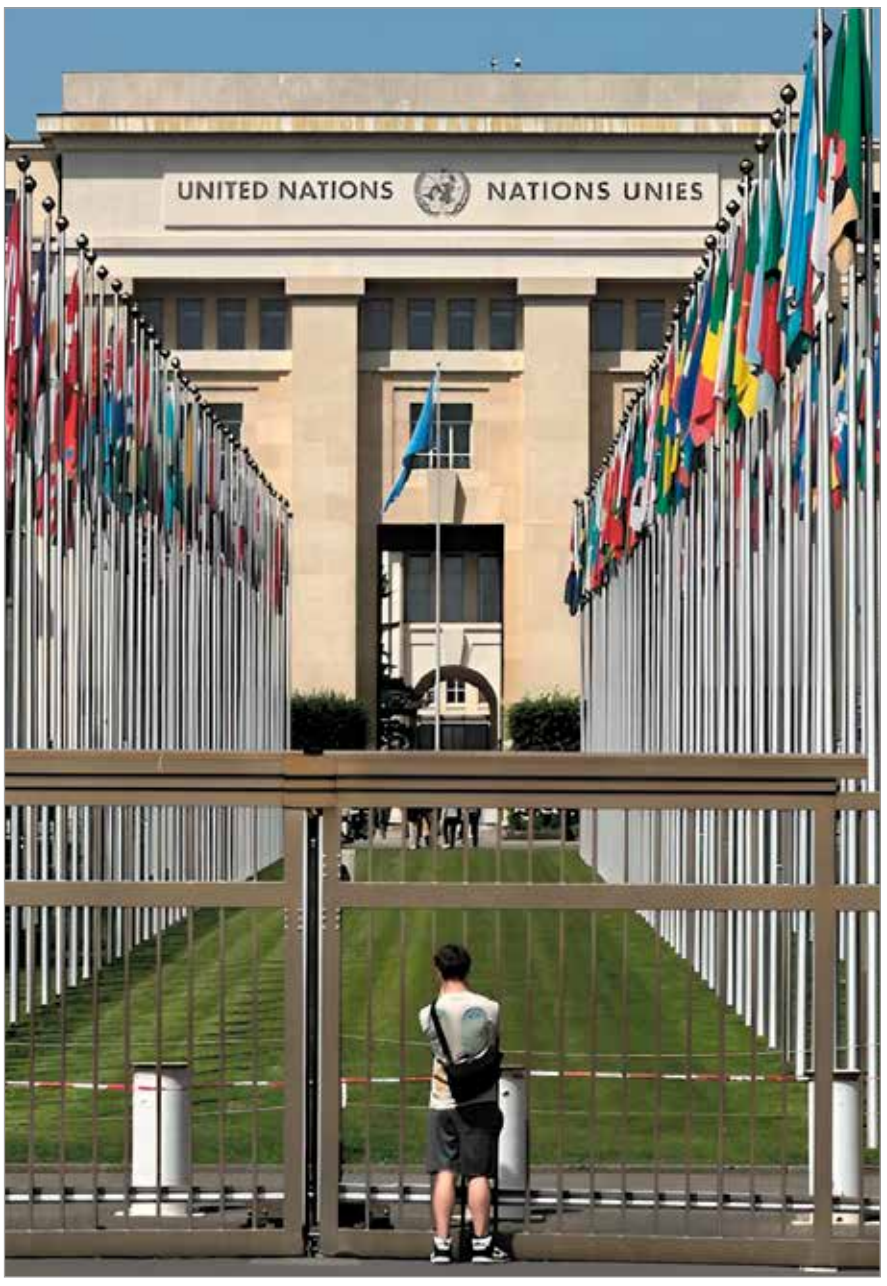
Ein Blick auf die entsprechende Internetseite bringt es an den Tag:

Aufgenommen hat die IAO ihre Tätigkeit im Jahre 1919 im Zuge der Friedenskonferenz von Versailles. Die Zielsetzung war von Beginn an klar: die Sicherung des Weltfriedens auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit. Als ständige Einrichtung des Völkerbundes hatte sie sich von Anfang an diesem Auftrag verschrieben. Im Versailler Vertrag heißt es hierzu in Kapitel 13 wörtlich: „Der Weltfrieden kann auf Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden."

In Genf hat die IAO ihren offiziellen Sitz seit dem 14. Dezember 1946. Sie gilt somit als eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen und ist die erste Einrichtung dieser Art überhaupt. Heute zählt die IAO weltweit 187 Mitgliedstaaten, darunter auch Luxemburg, die sich alljährlich Ende Mai, Anfang Juni, zur Internationalen Arbeitskonferenz in Genf einfinden.

Als einzige dreigliedrige Organisation der Vereinten Nationen vereint die IAO somit Regierungsvertreter, Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus aller Welt mit dem Ziel, „internationale Standards festzulegen, Strategien zu entwickeln und Programme zu entwerfen, um menschenwürdige Arbeit für alle Männer und Frauen in der Welt zu ermöglichen".

In ihren Bemühungen zur Förderung sozialer Gerechtigkeit, zur Festigung von Menschenrechten und zur Erarbeitung international anerkannter Normen verfolgt die IAO unter dem Motto „Arbeitsplätze fördern, Menschen schützen" auch heute noch immer ihren Gründungsauftrag, der nach wie vor darin besteht, sich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen, die für einen dauerhaften und universellen Frieden schlicht erforderlich ist.



Als einzige dreigliedrige Organisation der Vereinten Nationen vereint die IAO Regierungsvertreter, Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus aller Welt.

So steht die IAO unverändert für menschenwürdige Arbeitsbedingungen ein, die es allen Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Regierungen erlauben sollen, an der Schaffung von dauerhaftem Frieden, Wohlstand und Fortschritt teilzuhaben.

Um die Rechte der Arbeitnehmer bestmöglich zu gewährleisten und menschenwürdige Arbeitsbedingungen sicherzustellen, sieht die IAO-Verfassung von 1919 als Hauptaufgabe die Erarbeitung internationaler Arbeits- und Sozialnormen vor, die – ähnlich wie die Richtlinien aus Brüssel für die EU-Mitgliedstaaten – bindend sind für die Unterzeichnerstaaten – und das weltweit. Wie eine gesetzgebende Instanz geht die IAO seit ihrer Gründung demnach Fragen an, die zuvor innere Angelegenheiten waren und in den Zuständigkeitsbereich der einzelnen Staaten fielen.

Erneuert und erweitert wurden die Grundprinzipien und Aufgabenbereiche der IAO übrigens 1944 in der sogenannten „Erklärung von Philadelphia". Zentrale Punkte in diesem Grundsatzpapier waren die Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Kollektivverhandlungen, die Armutsbekämpfung und der Dialog zwischen Regierungen und Sozialpartnern. Ganz im Sinne des Gleichheitsprinzips hieß es in dieser Erklärung im Wortlaut:

„Alle Menschen, ungeachtet ihrer Rasse, ihres Glaubens und ihres Geschlechts, haben das Recht, materiellen Wohlstand und geistige Freiheit in Würde, in wirtschaftlicher Sicherheit und unter gleich günstigen Bedingungen zu erstreben."

Internationale Standards zum Schutz der Arbeitnehmer

Genau wie in den Vorjahren trafen also auch in diesem wieder Regierungsvertreter, Arbeitnehmer und Arbeitgeber aus den 187 IAO-Mitgliedstaaten vor Ort zur Internationalen Arbeitskonferenz in Genf zusammen.

Vom vergangenen 2. bis 13. Juni diskutierten Vertreter von Regierungen, Arbeitnehmern und Arbeitgebern aus 187 IAO-Mitgliedstaaten auf der Internationalen Arbeitskonferenz (ILC) über aktuelle und zum Teil brisante Fragen hinsichtlich einer gerechteren Arbeitswelt.

Die Konferenz beginnt und endet traditionsgemäß mit einer Plenarsitzung. Diese nimmt die administrativen und formellen Aufgaben der Konferenz wahr und kann Sitzungen für den Empfang hochrangiger Gäste, darunter Staats- und Regierungschefs, abhalten.

Anlässlich der Konferenzsitzung 2025 erörterten Regierungs-, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerdelegierte aus den 187 Mitgliedstaaten der ILO wichtige Themen der Arbeitswelt, darunter neue internationale Standards zum Schutz der Arbeitnehmer vor biologischen Gefahren am Arbeitsplatz, Maßnahmen hin zu einer menschenwürdigen Arbeit gerade auch in der Plattformökonomie sowie innovative Ansätze zur Förderung des Übergangs von der informellen zur formellen Wirtschaft. Die CGFP war in Genf vertreten durch CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff und ihren Ersten Vizepräsidenten Claude Heiser.

Zu den von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 113. Tagung angenommenen Texten gehörten dann auch in erster Linie Übereinkommen und Empfehlungen zur Vorbeugung und zum Schutz vor biologischen Gefahren in der Arbeitswelt.

Gestaltung der Arbeitswelt von morgen

Eines wurde auch in diesem Jahr in Genf wieder deutlich: Auch mehr als 100 Jahre nach ihrer Gründung hat die Internationale Arbeitskonferenz nichts an Bedeutung und an Attraktivität eingebüßt. Das Gegenteil ist der Fall. Immer noch werden Arbeitnehmerrechte weltweit mit Füßen getreten. Noch immer werden international anerkannte Sozialstandards missachtet.

Und genau deswegen sind die in Genf getroffenen Entscheidungen ja auch von so großer Bedeutung. „Sie legen den Grundstein zur Gestaltung der Arbeitswelt von morgen", wie es ein Teilnehmer treffend auf den Punkt brachte.

s.h.

fonction publique
Organe de la Confédération Générale de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**
488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg
Tél.: 26 48 27 27 20 – Fax: 26 48 29 29
E-mail: cgfp@cgfp.lu
Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-1
Impression: Mediahuis Luxembourg S.A.

La reproduction d'articles, même par extraits, n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source.

Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis de la CGFP.

CHARGES EXTRAORDINAIRES -AUSSERGEWÖHNLICHE BELASTUNGEN

IM RAHMEN DES EINKOMMENSTEUERGESETZES (L.I.R.)

ZUSAMMENFASSUNG VON TEIL 1

- In der vorigen Ausgabe hatten wir dargelegt wie, nach dem allgemeinem Prinzip, ausgewiesene außergewöhnliche Belastungen beim Bestimmen der Höhe der Steuer mit in Rechnung gestellt werden.
- Die Belastung muß:
  - außergewöhnlich sein;
  - unvermeidbar sein;
  - die steuerliche Leistungsfähigkeit beeinträchtigen.
    Hierzu wird ein Eigenbehalt (charge normale) errechnet, abhängig vom Einkommen und der Familiensituation.
- Der Betrag der Belastung, reduziert um die „charge normale", ergibt den Abschlag für außergewöhnliche Belastungen.

pour un revenu imposable		pour un contribuable appartenant à la classe d'impôt						
		1	1 (avec au moins une modération d'impôt, et, cette modération en raison de 50 pour cent compte pour une modération d'impôt à 100 pour cent), 1a ou 2					
			nombre des modérations d'impôt pour enfants					
			0	1	2	3	4	5
inférieur	à 10.000	2 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %
de 10.000	à 20.000	4 %	2 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %
de 20.000	à 30.000	6 %	4 %	2 %	0 %	0 %	0 %	0 %
de 30.000	à 40.000	7 %	6 %	4 %	2 %	0 %	0 %	0 %
de 40.000	à 50.000	8 %	7 %	5 %	3 %	1 %	0 %	0 %
de 50.000	à 60.000	9 %	8 %	6 %	4 %	2 %	0 %	0 %
supérieur	à 60.000	10 %	9 %	7 %	5 %	3 %	1 %	0 %

TEIL 2: DIE PAUSCHALABSCHLÄGE

- Neben dem in Teil 1 vorgestellten allgemeinen Prinzip gibt es auch Pauschalbeträge für gewisse außergewöhnliche Belastungen.

PAUSCHALABSCHLAG 1

Achtung: Hier wird weder eine zumutbare Belastung errechnet noch abgezogen, um den Abschlag zu bestimmen!

Maximal **5.400 €** Abschlag im Steuerjahr insgesamt!

Ein Pauschalabschlag für außergewöhnliche Belastungen greift bei Kosten:

- für **Hauspersonal** (angemeldet bei CCSS oder Reinigungsfirma)
  - Gärtnerarbeiten und Arbeiten außerhalb der Wohnung zählen nicht dazu
- für Hilfeleistungen bei **Pflegebedürftigkeit** (bei CCSS angemeldetes Personal)
- für **Kinderbewahrung** (amtlich anerkannte Strukturen)

ANMERKUNG ZU KOSTEN FÜR HAUSPERSONAL, HILFELEISTUNGEN BEI PFLEGEBEDÜRFTIGKEIT UND KINDERBEWAHRUNG:

Diese Kosten können entweder einen pauschalen Abschlag oder aber einen Abschlag nach allgemeiner Regel auslösen!

Beispiel: Herr und Frau AB haben eine Haushaltshilfe eingestellt. Gesamtjahreskosten gemäß CCSS: 12.500 €

Jahreseinkommen von Familie AB in 2025: 75.000 €, Steuerklasse 2, ohne Kinder

Pauschaler Abschlag

5.400 €

da die Gesamtjahreskosten diesen Betrag übersteigen

Abschlag nach allgemeiner Regel

Zumutbare Belastung:
9 % von 75.000 = 6.750 €
Abschlag nach allgemeinem Prinzip:
12.500 - 6.750 =

5.750 €

Es kann sich herausstellen, dass der nach allgemeiner Regel errechnete Abschlag für außergewöhnliche Belastungen günstiger ist als der auf 5.400 € begrenzte Pauschalbetrag.

WOHER WEISS ICH, WAS FÜR MICH GÜNSTIGER IST: DER PAUSCHALABSCHLAG ODER DER ABSCHLAG NACH DER ALLGEMEINEN REGEL?

- Es genügt, dass Sie in Ihrer Steuererklärung die außergewöhnlichen Belastungen eintragen!
- Das Steueramt errechnet den Abschlag für außergewöhnliche Belastungen nach beiden in Frage kommenden Methoden und hält automatisch die für Sie günstigste Lösung in der Besteuerung fest.

FALLBEISPIEL

Eheleute FG mit 2 Kindern, einem minderjährigen Sohn und einer volljährigen Tochter (studiert in Schottland), in Luxemburg ansässig, erzielen 2025 ein steuerpflichtiges Einkommen von 250.000 €.

Steuerklasse 2

Für folgende tatsächliche Ausgaben, nach etwaiger Teilrückerstattung, beantragen sie einen Abschlag für außergewöhnliche Belastungen:

- Zahnprothese: 8.000 €
- Studienkosten in Schottland: 15.000 €
- Reinigungsfirma für die Wohnung: 12.000 €
- Kinderhort (crèche agréée): 7.000 €

Fallbeispiel Lösung gemäß allgemeiner Regel

Berechnung des Abschlags für außergewöhnliche Belastungen (abattement pour charges extraordinaires)		
Außergewöhnliche Belastungen:		
Zahnprothese	8.000 €	
Reinigungsfirma	12.000 €	
Kinderhort	7.000 €	
~~Studienkosten Schottland~~		
Insgesamt	27.000 €	27.000 €
Zumutbare Belastung (charge normale)		
Prozentsatz	5 %	Nach Tabelle siehe Teil 1
Steuerpflichtiges Einkommen	250.000 €	
Zumutbare Belastung	12.500 €	12.500 €
Abschlag für außergewöhnliche Belastungen:		**14.500 €**

CGFP -SERVICES fiscalité
@ fiscalite@cgfp-services.lu
☎ 47 36 51 -1

Fallbeispiel Lösung mit begrenztem Pauschalabschlag

Berechnung des Abschlags für außergewöhnliche Belastungen (abattement pour charges extraordinaires)		
Außergewöhnliche Belastungen, vom Pauschalabschlag abgedeckt		
Reinigungsfirma	12.000 €	
Kinderhort	7.000 €	
Insgesamt	19.000 €	
Pauschalabschlag maximal	5.400 €	5.400 €
Abschlag nach allgemeiner Regel		
Zahnprothese	8.000 €	
Zumutbare Belastung	12.500 €	0 €
Abschlag:		**5.400 €**

Art der Belastung und Möglichkeit eines Abschlags für außergewöhnliche Belastung	Abschlag nach allgemeiner Regel ohne Begrenzung, aber mit Abzug der zumutbaren Belastung	Pauschalabschlag nach großherzoglichem Reglement ohne Abzug der zumutbaren Belastung, aber begrenzt
Krankheitskosten, insofern sie nicht rückerstattet wurden	✓	✗
Bestattungs- o. Einäscherungskosten mitsamt Nebenkosten, insofern sie nicht vom hinterlassenen Vermögen oder aus Einkünften des Verstorbenen bezahlt werden können.	✓	✗
Studienkosten für ein im Haushalt des Stpfl lebendes Kind, für welches dem Stpfl* eine Steuerermäßigung zusteht	✗	✗
Kosten für das Einstellen einer permanenten Pflegehilfe bei Gebrechlichkeit	✓	✓
Kosten an eine Reinigungsfirma für den Haushalt	✓	✓
Anschaffung eines Hometrainers	✗	✗
Kosten für Kinderbewahrung bei einer Crèche der CGFP	✓	✓
Kosten im Zusammenhang mit der Adoption eines Kindes	✗	✗
Anwaltskosten für die Scheidung	✓	✗
Anwaltskosten im Zusammenhang mit einer strittigen Gehaltserhöhung. Achtung, diese Kosten sind als Werbungskosten beim Gehalt zu berücksichtigen!	✗	✗
Nachhilfestunden und –schulen für ein im Haushalt des Stpfl* lebendes Kind, für welches dem Stpfl * eine Steuerermäßigung zusteht	✗	✗
Kosten für eine Haushaltshilfe; vom Stpfl am CCSS gemeldet	✓	✓

*Stpfl: Steuerpflichtiger

PAUSCHALABSCHLAG 2

Achtung: Hier wird weder eine zumutbare Belastung errechnet noch abgezogen, um den Abschlag zu bestimmen!

Abschlag gemäß Minderung der Arbeitsfähigkeit!

Bei Blindheit oder belegter totaler Abhängigkeit von Drittpersonen im Alltag wird ein Betrag von 1.455 € als Abschlag gewährt.

Pauschalabschlag 2 greift bei nicht altersbedingter Körperbehinderung oder Körpergebrechen:

Taux de la réduction de la capacité de travail	Abattement forfaitaire annuel (€)
de 25 % à 35 % exclusivement	150
de 35 % à 45 % exclusivement	225
de 45 % à 55 % exclusivement	375
de 55 % à 65 % exclusivement	450
de 65 % à 75 % exclusivement	525
de 75 % à 85 % exclusivement	585
de 85 % à 95 % exclusivement	645
de 95 % à 100 % exclusivement	735

PAUSCHALABSCHLAG 3

Achtung: Hier wird ebenfalls weder eine zumutbare Belastung errechnet noch abgezogen, um den Abschlag zu bestimmen!

Der Abschlag richtet sich nach der effektiv geleisteten Zahlung, wobei das Gesetz die maximale Höhe des Abschlags bestimmt!

Der Abschlag darf kumuliert werden mit anderen Abschlägen für außergewöhnliche Belastungen.

- Abschlag auf Anfrage für den Unterhalt von eigenen Kindern, die nicht im Haushalt des Steuerpflichtigen leben (Artikel 127bis L.I.R.).
  - Es handelt sich hierbei um den Haushalt im zivilen und ökonomischen Sinn. Bei frei zusammenlebenden, unverheirateten Paaren wird kein Abschlag gewährt.
- Maximalbeträge pro Kind:
  - 2024: 4.422 €
  - 2025: 5.424 €

BHW Bausparkasse AG Luxemburg
Eigenheimfinanzierung durch Bausparen mit Vorfinanzierung beim CGFP-Partner BHW
16, rue Érasme • L-1468 Luxembourg-Kirchberg
@ info-lux@bhw.lu • www.bhw.lu

CGFP Assurances
Absicherung der Familie im Todes- oder Invaliditätsfall durch eine günstige Restschuldversicherung bei CGFP-Assurances
18, rue Érasme, L-1468 Luxembourg-Kirchberg
@ info@cgfp-assurances.lu • ☎ 27 04 28 01

Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und CGFP

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu sehr attraktiven Bedingungen

Unschlagbares Angebot

für: Wohnungsbau/-kauf
Modernisierung
Grundstückerwerb

mit: Sofortkredit
CGFP-Vorzugsdarlehen
Steuervorteilen

Lassen Sie sich unverbindlich beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden
oder QR-Code scannen:

OEL/CGFP

Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg

Baukredit:
Ich bitte um unverbindliche Beratung durch einen CGFP/BHW-Berater

_____ (Name)

_____ (Vorname)

_____ (Straße, Hausnummer)

_____ (Plz. /Wohnort)

_____ (Telefon)

_____ (Dienstbezeichnung)

_____ (Dienststelle)

BHW Gemeinsam für Ihr Zuhause

Sichern Sie sich Ihre Steuervorteile 2025

CGFP Logement

Baufinanzieren *aktuell*

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

Bewährte alte Baustoffe wie Lehm und Holz halten Wohnräume im Sommer schön kühl.
Quelle: ClayTec GmbH & Co. KG / BHW Bausparkasse

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW Komfort-Bausparen & BHW Wohnbausparen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbausparen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohntraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie entscheiden selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar. Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Entsprechend Ihren Wünschen haben Sie die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsvarianten zu 2,35 % oder sogar zu 1,25 %.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW WohnBausparen Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen möchten, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkonto können Sie steuerlich absetzen: jährlich bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern ergibt das z.B. 2.688 Euro. Seit der Umsetzung der Steuerreform sind weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung in Kraft getreten, so zum Beispiel die doppelte Absetzbarkeit der Sparbeiträge für Bausparer bis 40 Jahre. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!

Passiver Hitzeschutz durch alte Baustoffe

Alte Baustoffe wie Lehm, Holz oder Stroh sind mit Blick auf steigende Temperaturen wieder erste Wahl. Sie wirken temperaturausgleichend und weisen eine gute CO2-Bilanz auf. Neben den Rohstoffen hat auch die Ausrichtung eines Gebäudes Einfluss darauf, wie stark sich Räume aufheizen.

Wenn sie über die Ausrichtung ihres neuen Hauses entscheiden sollen, dürften viele Baufamilien vor einem Dilemma stehen. Liegen Terrasse und Wohnzimmer klassisch nach Südwesten, bringt das im Winter und in den Übergangsmonaten viel Licht und Sonnenwärme in die Räume. Im Sommer sind sie jedoch ungeschützt der Sonne ausgesetzt. „Nicht auf jedem Grundstück kann ein Haus nach dem Sonnenverlauf ausgerichtet werden. Baurechtliche Vorgaben können dem im Wege stehen", sagt Thomas Mau von der BHW Bausparkasse. „Umso wichtiger ist es, die Immobilie baulich gegen Kälte, aber auch Wärme zu schützen. Hier sind die richtigen Materialien ein Schlüsselfaktor."

Temperaturausgleich

Eine gute Isolierung schützt – gegen Kälte, aber auch gegen Hitze. Für die Qualität der Isolierung spielt die Wahl der Baumaterialien eine entscheidende Rolle. Anders als Beton kann Lehm die Luftfeuchtigkeit regulieren, Wärme aufnehmen, speichern und auch wieder abgeben. „Das macht ihn besonders wirksam im Kampf gegen Hitze, während Beton auch noch anfällig für Schimmel ist", erläutert Mau. Das Zusammenspiel von Lehm mit Holz hat sich bei Fachwerkhäusern über Jahrhunderte bewährt. Holz sorgt für eine gute Statik und hat auch Vorteile für den Temperaturausgleich. „Das gute Wohnklima eines Lehm-Holz-Hauses kann man unmittelbar spüren", so der Experte von BHW.

Haus aus Stroh

Der Baustoff Stroh bietet ebenfalls viele Vorteile. Durch neue Verfahren ist es heute möglich, komplette Häuser aus Stroh zu errichten. Strohballenwände isolieren außergewöhnlich gut gegen Wärme. Bei der Herstellung traditioneller Rohstoffe wie Stroh fällt zudem deutlich weniger CO2 an. Im Gegensatz zu Stahl oder Beton ist der Energieaufwand bei der Herstellung eher gering. Und alte Baustoffe müssen meist nicht über lange Strecken transportiert werden und lassen sich hervorragend recyceln.

Linoleum neu entdeckt

Linoleum ist wieder salonfähig. Der lange als bieder und altmodisch geltende Bodenbelag punktet mit neuem Design und gewinnt wegen seiner ökologischen Vorzüge an Beliebtheit.

Die Zeiten, in denen man Linoleum nur aus Kliniken, Klassenzimmern oder Hausfluren kannte, sind vorbei. Ob in kräftigen Rot-, Blau- oder Grautönen, gemustert oder in täuschend echter Holzoptik – das Angebot an Mustern und Farben ermöglicht viele neue Gestaltungsmöglichkeiten. Dank des gestiegenen Umweltbewusstseins ist der baubiologisch unbedenkliche Belag zunehmend gefragt. „Linoleum eignet sich für Fußbodenheizungen und ist zudem trittschalldämmend. Daher kann man das robuste Material in Wohn-, Kinderzimmern, Küchen und generell bei stark beanspruchten Flächen einsetzen", so Krzysztof Pompa von der BHW Bausparkasse. Zu 90 Prozent aus natürlichen Stoffen wie Leinöl, Naturharzen, Kork- oder Holzmehl und Jutegewebe bestehend, ist das Material nachhaltig und kompostierbar. Zudem kann es als Rollenware oder Fliese im Klicksystem leicht verlegt werden. Trotz der im Vergleich zu PVC-Böden höheren Anschaffungskosten von bis zu 60 Euro je Quadratmeter rechnet sich die Investition: Die Lebensdauer von Linoleum beträgt 30 bis 50 Jahre.

Natürlich, farbenfroh und sehr widerstandsfähig: Linoleum Quelle: Gerflor / BHW Bausparkasse

Vers davantage de justice fiscale au niveau mondial ?

De l'imposition minimale de 15 % sur les bénéfices des plus grandes firmes multinationales .....

Le nouvel impôt global assurant une charge minimale de 15 % sur les bénéfices réels des plus grandes entreprises multinationales est entré en vigueur avec l'exercice fiscal 2024, de sorte que les contribuables concernés s'appliquent actuellement à respecter l'échéance du 1er juillet 2026 pour leur première déclaration annuelle.

Les gesticulations tarifaires et autres du président Trump, tout comme la décision des États-Unis de retirer leur participation acceptée en 2021, restent entretemps sans effets concrets, puisque dès le départ le nouveau mécanisme a été construit pour atteindre ses buts pleinement aussi dans le cas du refus de certains pays d'y participer. Les prélèvements non retenus dans un pays donné ou dans certaines parties du globe doivent alors être effectués ailleurs, à due concurrence.

L'évasion fiscale des géants multinationaux

Propagé par des activistes experts en la matière, le concept fut épaulé par des sommets globaux G7 et G20, avant que les délais ne soient concrétisés sous la tutelle de l'OCDE, le fameux club des pays les plus développés. Le nouvel impôt connu sous l'étrange nom de « *BEPS-Pillar 2* » fut formellement décidé en 2021, à l'unanimité par 130 pays du monde. En 2022, les pays de l'Union européenne l'ont harmonisé comme une norme fiscale commune.

Le nouvel impôt est entretemps appliqué par 60 pays, dont tous les pays industriels mis à part les États-Unis. Bien qu'il ne concerne que des firmes avec un chiffre d'affaires annuel d'au moins 750 millions de dollars, il va, selon les prévisions de l'OCDE, rapporter au niveau mondial des revenus budgétaires de l'ordre de 150 à 200 milliards d'euros, ce qui représente 7 % à 8 % du total des recettes mondiales d'impôts sur les collectivités perçues par les administrations fiscales.

L'idée de cette initiative pour une « *imposition minimale effective* » a longtemps été considérée comme franchement utopique, un rêve d'activistes extrémistes. Le fait qu'elle soit en fin de compte devenue une réalité est avant tout la preuve concrète que, au niveau du concert des nations et dans un esprit multilatéral serein, il est possible de dépasser, du moins ponctuellement, le carcan de la concurrence fiscale internationale, cet argument-massue que d'aucuns brandissent lors de tout débat politique sur une réforme fiscale sérieuse et dans toute réflexion en profondeur sur les causes effectives du mal.

Ce nouvel impôt sur le revenu est conçu comme une charge subsidiaire, qui ne remplace en rien les traditionnels impôts nationaux sur les collectivités, mais s'ajoute à eux dans le seul cas où les instruments fiscaux en vigueur n'aboutissent pas, au niveau mondial, pour une firme ou un groupe de firmes, à une charge d'au moins 15 % du bénéfice global effectif.

Avec sa portée universelle, le nouvel impôt minimal de 15 % sur les bénéfices réalisés contraint désormais les plus importantes firmes multinationales, qui ont jusqu'ici échappé à une charge fiscale sérieuse, à contribuer entre 150 et 200 milliards d'euros additionnels par an.

Les effets dévastateurs du déséquilibre scandaleux

Nous savons bien que c'est le fléau de la compétition entre États souverains pour assurer des avantages concurrentiels à leurs entreprises respectives, qui est responsable de la « race to the bottom », la course au taux d'imposition les plus bas pour les acteurs économiques. Sur le plan international, la moyenne des taux officiels d'imposition des entreprises a chuté, au cours des 40 dernières années, de 49 % à 21 %.

Nous en connaissons les conséquences désastreuses pour de multiples pays : des déficits budgétaires excessifs et des dettes publiques insupportables, aboutissant inévitablement à des plans d'austérité qui causent de graves désordres sociaux et politiques. Ces développements risquent de mettre sérieusement en danger la démocratie des nations concernées, sans parler des tensions internationales provoquées par les réactions protectionnistes adoptées par des gouvernements se retrouvant aux abois.

Une conséquence néfaste parallèle est le renforcement de la charge fiscale, déjà excessive, sur les salaires et donc sur le coût du travail, autre facteur d'une perte de compétitivité transfrontalière et de problèmes sur le marché de l'emploi. Au Luxembourg, la charge totale des impôts directs perçus se partageait en 2002 entre 51 % pour les particuliers et 49 % pour les firmes, alors qu'en 2023 ce partage était de 75 % contre 25 %. En continuant à céder à l'avidité des riches et aux insatiables cupidités ultra-libérales, nos décideurs politiques ne vont que renforcer à la longue le succès politique d'agitateurs populistes.

La majorité politique actuelle, ouvertement proche du monde des affaires, applique déjà, et prévoit encore d'autres baisses du taux de l'impôt sur les collectivités, pour satisfaire les appétits effrontés de certains représentants du patronat. Alors qu'il est de toute évidence absurde de prétendre que nos entreprises manquent de compétitivité sur les marchés internationaux, si l'on considère qu'en 2024 la balance courante de l'économie luxembourgeoise a été excédentaire de 11,9 milliards d'euros, soit de 13,8 % du PIB.

C'est un excellent début

Alors que la nouvelle charge globale minimale de 15 % ne concerne que les seuls mastodontes avec un chiffre d'affaires de plus de 750 millions de dollars, elle est évidemment loin d'assurer une fin prochaine de l'énorme évasion fiscale pratiquée par d'innombrables autres acteurs économiques. En effet, afin d'obtenir le consensus universel requis, l'on a notamment dû abandonner, au cours des négociations, le niveau minimal initialement envisagé de 25 % (en faveur de 15 % seulement) et restreindre le nombre des groupes économiques à taxer.

Mais il ne s'agit pas moins d'un précédent formidable et inespéré, dans un monde marqué depuis toujours par la souveraineté absolue des nations individuelles en matière fiscale, un droit régalien par excellence.

De commun accord, le cartel des collecteurs d'impôts des 130 pays impliqués a ainsi fini par entériner dans le droit international un principe nouveau, une idée réellement surprenante, à savoir la légitimité d'imposer des revenus réalisés sur le territoire d'autres pays, au cas où ceux-ci manquent d'assurer le niveau de taxation minimale qui est jugé indispensable par le consensus des nations, dans l'intérêt de la justice fiscale mondiale.

Concernant l'impôt de « *BEPS-Pillar 2* », il s'impose d'intercaler une petite digression « nationale ». Si l'on fait confiance aux plus éminents experts mondiaux – ceux-là même qui ont « inventé » le concept de cet astucieux nouvel impôt – le Luxembourg peut prochainement attendre 5 et 12 milliards d'euros de recettes additionnelles par an. Il s'agit là évidemment, même si les rentrées effectives s'avéraient sensiblement moindres, d'un montant énorme en comparaison des 2,2 et 2,5 milliards d'euros que rapportait l'impôt sur les collectivités en 2022 et en 2023.

Notre gouvernement et sa majorité ne prétendent pas moins, sans fournir une explication concrète et sans apporter une preuve quelconque, qu'il ne s'agit là que de spéculations aventureuses, non crédibles et sans fondement. L'opposition parlementaire se satisfait paradoxalement de cette affirmation sommaire, probablement soucieuse de maintenir sa thèse que « ce gouvernement incapable mène le pays à la ruine ». Voilà une attitude plutôt étrange dans un pays où les autorités s'attachent depuis des années à souligner que ceux-là ont gravement tort qui mettent constamment en doute les évidences présentées par les experts scientifiques.

Table 2 Revenues of a 15 % Global Minimum Tax With Carve-Outs of 5 % on Tangible Assets and Payroll Under the Income Inclusion Rule (Headquartes Collection) and the Qualified Domestic Top-Up Tax (Host Country Collection) in 2021 EUR Billion

Parent Country	*Headquartes Country Collection (Income Inclusion Rule) in 2021 EUR bn*	*Host Country Collection (Qualified Domestic Min Top-Up Tax) in 2021 EUR bn*
Italy	*2,7*	*0,8*
Latvia	*0,1*	*0,1*
Luxembourg	*5,1*	*12,5*
Malta	*0,1*	*0,8*
Netherlands	*2,0*	*14,1*

Extrait des estimations des retombées nationales de « BEPS-Pillar 2 »

….. vers une imposition minimale de 2 % par an sur la fortune des milliardaires les plus riches ?

Tout ceci étant expliqué et commenté, et en attendant de connaître les retombées budgétaires concrètes ainsi que les mesures punitives que le président Trump et son entourage vont essayer d'imposer au reste du monde en réaction à cet impôt déclaré anti-américain, il y a lieu de se demander si un effort similaire ne se recommande pas également dans le domaine de l'imposition des particuliers.

Chez ceux-ci, la fraude fiscale et l'évasion fiscale ne sont pas moins scandaleuses, bien que de grands efforts aient été entrepris au cours des dix à quinze dernières années, surtout au niveau international, avec des succès dépassant les espoirs initiaux, du moins dans certains domaines.

Mais la distribution injuste des charges tient hélas en premier lieu des dispositions fiscales nationales. Celles-ci reflètent des choix politiques, parfois délibérés et avoués, mais souvent aussi plus implicites et habilement camouflés. Et toute tentative internationale pour intervenir dans les fiscalités nationales définies par les législateurs souverains serait forcément vouée à l'échec.

Car nul ne veut mettre en cause le droit de chaque nation d'opérer ses propres décisions quant à l'ampleur et à la répartition des charges fiscales pour couvrir les coûts de fonctionnement de l'État, et quant aux priorités et instruments pour réaliser sa conception propre de l'efficacité économique et de la « justice sociale », aussi injuste que cette dernière puisse paraître à d'autres. Et libre à chaque juridiction, sur le plan de la cohésion interne, d'assurer ou de refuser d'assurer une « *redistribution du haut vers le bas* », notamment par la fiscalité directe.

Divergences sur le juste partage des charges

Pour leurs impôts sur le revenu des particuliers et des ménages, les pays avancés appliquent en général des barèmes fiscaux dits « *progressifs* », c'est-à-dire basés sur des taux d'imposition qui augmentent graduellement avec le niveau du revenu taxé.

C'est à propos de la « *capacité contributive* », qu'une conviction politique est partagée surtout en Europe, estimant que des épaules plus larges peuvent porter un fardeau plus lourd. La progressivité des impôts directs est également vue comme une contrepartie pour le caractère implicitement « *dégressif* » des impôts indirects pesant sur la consommation. Si la TVA applique certes des taux identiques aux dépenses de tout le monde, elle frappe en réalité plus fortement les personnes à revenu bas, puisque celles-ci doivent dépenser pour leur vie courante le gros de leurs revenus, contrairement aux gens plus aisés capables d'accumuler des actifs.

La progressivité des taux officiels affichés est toutefois dans une certaine mesure tenue en échec par des dispositions particulières qui permettent de soustraire à l'imposition des portions plus ou moins significatives du revenu, de telles exemptions et exceptions produisant un effet supérieur pour des revenus importants et souvent à la seule portée des contribuables fortunés.

En conséquence de ceci, les résultats sont extrêmement divergents pour la charge fiscale effective sur les revenus dans les différents pays. C'est ainsi qu'en 2021, les contribuables américains avec les revenus « *top 1 %* » payaient 26 % du total des montants collectés aux États-Unis, alors que les « *bottom 50 %* » y payaient 31 %. Au Luxembourg – où les plus récentes statistiques disponibles sont hélas de 2018 – les 50 % aux revenus les plus modestes ont contribué en revanche seulement à 2,6 %. Les « *top 0,9 %* » y apportaient 20,6 %, les « *top 5,5 %* » 47,1 % et les « *top 10,2 %* » une part de 61,5 %. Notre fiscalité est donc beaucoup « *plus sociale* » que celle d'outre-mer.

Concernant la « capacité contributive » des différentes couches sociales les vues et les pratiques divergent fortement. Parmi l'ensemble des contribuables, les 50 % qui sont les moins bien lotis doivent en effet supporter 31 % des rentrées fiscales aux États-Unis, mais seulement 2,6 % au Grand-Duché.

Pour une série de pays industriels, des études académiques approfondies ont été menées sur la progressivité de la charge fiscale des personnes physiques, donc sur la question si les revenus élevés sont effectivement imposés plus fortement que les revenus faibles. Il s'est vérifié que, pour 99,99 % des contribuables, ceci reste le cas, en dépit des multiples stratagèmes utilisés par les plus riches pour alléger leur contribution. Le taux d'imposition moyen reste donc significatif pour presque tout le monde.

La charge supportée décline toutefois fortement pour les 0,01 % les plus aisés, alors que, surtout, les revenus des 0,0001 % les plus prospères parviennent à échapper pratiquement à toute imposition. De la sorte, les 3 000 milliardaires en question ne sont effectivement taxés qu'à un taux effectif ridicule de 0,3 %.

Or, il s'agit là indiscutablement des individus avec la capacité contributive la plus importante, non seulement sur base de leurs revenus, mais aussi de leur fortune accumulée. Il y a près de 40 ans, cette couche sociale privilégiée possédait à elle seule environ 3 % du total des actifs mondiaux, mais aujourd'hui elle en détient environ 15 %.

Il a par ailleurs été établi qu'en moyenne sur les 40 dernières années le rendement total (« *rate of return* ») de ces grosses fortunes a été avant impôts de 7,5 % par an, après déduction de l'érosion monétaire. Pour le commun des mortels en revanche la progression annuelle n'a été au cours de la même période que de 1,3 % pour les revenus et de 3,2 % pour les fortunes.

C'est que ces super-riches disposent de possibilités dont ne disposent même pas la très grande majorité des millionnaires « ordinaires ». Ils réussissent en effet à ne pas avoir de revenus du tout, évitant d'être rémunérés en numéraire. Ils ne touchent ni intérêts ni dividendes, et leur enrichissement énorme ne consiste ainsi que dans des participations, dont les plus-values accumulées d'année en année échappent à 100 % à toute charge fiscale généralement quelconque.

En vue de faire cesser ce scandale, le Brésil, quand il présidait en février 2024 un sommet G20, a proposé la mise en place d'un nouvel impôt sur le revenu, d'une couverture mondiale mais d'une nature purement subsidiaire par rapport aux impôts nationaux, complétant donc le cas échéant les dispositions nationales existantes sans les modifier et sans s'y substituer, dans le seul but d'assurer en toutes circonstances une taxation effective des revenus les plus élevés.

À cet effet, les ministres de Finances du G20 ont été saisis du « *Blueprint for a Coordinated Minimum Effective Taxation Standard for Ultra-High-Net-Worth-Individuals* », une proposition élaborée par le professeur Gabriel Zucman (University of California Berkeley, Paris School of Economics et EU Tax Observatory), qui fut déjà le principal instigateur de l'impôt « *BEPS-Pillar 2* » entretemps réalisé.

Pour éviter tout malentendu : ce que nous expliquons ici n'est pas une initiative visant à propager, au Luxembourg ou ailleurs, la réintroduction ou le renforcement d'un impôt sur les fortunes, ni à relever ou à allonger notre barème des taux d'imposition pour des revenus annuels de quelques centaines de milliers d'euros.

Le nouvel impôt proposé concernerait 3 000 milliardaires échappant actuellement en fait à toute imposition, et il les obligerait à débourser de 150 à 200 milliards de dollars par an. Il pourrait être élargi aux « centi-millionnaires » (i. e. aux personnes possédant plus de 100 millions de dollars) pour des recettes additionnelles de 100 à 140 millions.

Aussi innovant dans ses principes que le « *BEPS-Pillar 2* » déjà décidé, le plan est étonnamment modeste quant à sa cible, puisqu'il ne vise au niveau planétaire qu'environ 3 000 contribuables, les cas les plus scandaleux et les plus grotesques. Pour des raisons de faisabilité pratique, la charge prévue à 2 % par an devrait s'élever sur la fortune, étant donné qu'une telle base fiscale se laisse constater plus aisément que les revenus effectifs. Il est entendu que la nouvelle charge ne devrait être appliquée pleinement que dans les cas où une imposition nationale effective est inexistante, et être appliquée partiellement en cas d'imposition effective trop faible.

Les conclusions les plus importantes des recherches du professeur Zucman ont été que le prélèvement à l'international d'un tel impôt est techniquement faisable (comme pour « *BEPS-Pillar 2* »), qu'il est réalisable même si certains pays refusent de participer au mécanisme, et qu'avec un taux de 2 % sur le montant des 3 000 fortunes en question les rentrées seraient de l'ordre de 200 à 250 milliards de dollars par an.

Il y a lieu d'ajouter que parmi les « centi-millionnaires », c'est-à-dire des personnes possédant plus de 100 millions de dollars, des cas comparables de non-imposition ou de très faible imposition existent, de sorte qu'il pourrait se recommander d'étendre le nouvel impôt à ceux-ci également. Dans ce cas, des recettes additionnelles de 100 à 140 milliards de dollars par an pourraient être collectées.

Comme il a été exposé, les revenus avant impôts de milliardaires s'élèvent actuellement, bon an mal an, à 7,5 % de leur fortune. En conséquence, le nouvel impôt de 2 % ramènerait leur revenu après impôts à 5,5 %, et la charge fiscale effective s'établirait pour eux à un taux de [2 % sur 7,5 % =] 26,7 %.

On reste donc loin d'un prélèvement confiscatoire ou d'une expropriation scandaleuse, comme le clament déjà les lobbyistes des milliardaires visés.

Paul Zimmer

Manéieren a Verantwortung

Eng Schréips am Lack

- Dat gëtt et dach net! Lo huet schonn nees ee mer eng Schrumm laanscht d'Säit gemaach! An natierlech néierens eng Spuer vun engem Ziedel mat Adress oder Telefonsnummer! Wat déi Rücksichstloosegkeet mir op den Nerv geet! D'Leit ginn awer och ëmmer méi rau a ruppeg. Jidderee kuckt nëmmen nach no sech. „Après moi le déluge", „ I, me, mine". Wat eng Gesellschaft vun Egoisten an Egozentriker! Kuck der dee Misär mol un! Dat gëtt bestëmmt nees eng deier Wichs. Op d'Kasko do nach eng kéier matspillt? Dat ass scho fir drëtt an engem Joer…

- Lo komm mol erof! Sou schlëmm ass et och rëm net. Et ass jo kengem eppes geschitt.

- Wat heescht hei „kengem eppes geschitt"? Da kuck mol richteg! Ass dat dann ieren näischt? Et ass mäin Auto deen hei geschréipst gouf. Domat ass mir e Schued entstan an zwar duerch iergend sou e feige Bëlles, deen et mol net néideg fënnt, d'Verantwortung fir säi Verhalen ze iwwerhuelen.

- Vläicht huet „däi Bëlles" dat mol guer net gemierkt. Sou enk wéi hei d'Parkplazen agezeechent sinn, läit ee séier mat der Dier widdert dem Noper. Et kéint jo och e Käddi gewiescht sinn, deen sech hei an der Schréi selbstständneg gemaach huet. Du weess dach selwer, wéi schwéier een déi Weenercher manövréiert kritt, wann se voll geluede sinn an de Buedem net riicht verleeft.

- Et war net keen! Dës Téitsch huet sech mat Sécherheet net vum selwe gemaach. Fakt ass, datt hei iergend en Anonymus mäin Auto beschiedegt, a sech senger Responsabilitéit duerch Fahrerflucht entzunn huet. Domadder ass déi Persoun an der Illegalitéit an ech kann eng Plainte bei der Police maachen. Wann déi en Zeienopruff mécht, dann…

- Ëm Gottes Wëllen, Pol, maach dach e Punkt! Wann een dech sou héiert, da kéint ee scho bal mengen et wier e brutaalt Attentat op dech ausgeübt ginn. Du steigers dech do an eppes era wéinst enger Bagatell. Wat ass dann nëmme lass mat dir? Déi kleng Schréips am Lack deet dach kengem wéi!

En Zeeche vun der Zäit?

- Jo, do kéints de Recht hunn, mech nervt et effektiv ëmmer méi, wann ech gesi, wéi d'Leit ewell mateneen ëmginn. Déi Klengegkeeten, wéi's du et nenns sinn an der lescht ëmmer méi heefeg. Wann s d'aus dem Bus klëmms, gëss de bal ëmgerannt vun deenen, déi era stiermen. Um Trëttoir, wann s de net frontal wëlls an ee knuppen, muss de permanent den Handy-Zombiën auswäichen. Op der Strooss kriss d'op all zweeter Kräizung d'Virfaart geholl a wann s de dech doriwwer opreegs gëtt der meeschtens och nach de Sténkfanger gewisen. Souguer am Bësch joggen se well laanscht een ouni Moien a Bonjour. Eis Gesellschaft gëtt ëmmer méi kal an ofweisend. Frëndlechkeet a Manéiere sinn um ausstierwen. Ech froe mech wou dat histeiert.

- Vläicht läit et jo och ganz einfach dorunner, dass de ufänks al ze ginn?

- A wat huet dat da mat mengem Alter ze dinn? Mengs d'ech géing mer dat alles nëmmen abilden? Oder ass et en Zeeche vu Gaggatum, wann ee fënnt, datt déi aner ronderëm een ëmmer méi rücksichtslos an onfrëndlech ginn?

- Ma neen! Ech froe mech just ob een an eisem Alter, wat de modernen Ëmgang tëscht de Leit ugeet, net lues a lues manner flexibel an upassungsfäeg gëtt. Déi Jonk vun haut hunn eben eng aner Aart a Weis mateneen ëmzesprangen, wéi dat vun eiser Generatioun erwaart gouf. Vläicht misste mer bei hinnen e bësse méi duerch d'Fangere kucken. Toleranz a Versteesdemech kënnt allgemeng gutt un, ausserdeem ass et Balsam fir déi eegen Nerven.

- Éischtens sinn et nach laang net nëmmen déi Jonk, deenen et un Anstand a Behuele feelt. An zweetens kann ech net verstoen, wéi een dee gesellschaftleche Verfall och nach einfach esou acceptéiere kann. Toleranz vis-a-vis vu Respektlosegkeet ass a mengen Aen en Zeeche vu Schwächt a Feigheet. Ausserdeem mécht dat d'Saach just nach méi schlëmm. Wee keng Manéieren huet, dee muss se bäibruecht kréien a wann et muss sinn, dann eben op déi haart Manéier… Zum Beispill: Kuck mol wéi deen hei geparkt huet! Dee blockéiert ganz ongenéiert zwou Parkplaze mat sengem Won. An dohanne steet nach sou een. Déi aner kënne jo kucke, wou s'eng Plaz fannen, mir dach egal, hei stinn ech a basta! An dat kréien déi einfach esou duerchgelooss, oder hues du iere scho gesinn, datt een um Parking vum Supermarché e Protokoll krut, respektiv ofgeschleeft gouf?

Näischt hält éiweg, näischt ass definitiv

- Du hues jo net ganz onrecht. Mee mengs de net, dass an enger Zäit wou Putin, Trump a Konsorten eis Weltuerdnung zerstéieren, am Gaza Fraen a Kanner ëmbruecht ginn an d'Klima iwwerall amgaang ass verréckt ze spillen, däin lerger iwwer Parkproblemer zu Lëtzebuerg e bëssen iwwerzunn ass?

- Weess de Jemp, wann een alles beieneen an en Dëppe gehäit, da kënnt net vill Gescheites dobäi eraus. Op der anerer Säit sinn ech mer natierlech selwer bewosst, datt et e sëllege méi wichteg an déifgräifend Problemer gëtt, wéi dee klenge Blechschued hei, oder déi allgemeng ëmmer méi ruppeg Aart a Weis vun de Leit. Ma do schwätze mer vun Dimensiounen, déi deen Eenzelnen esou wäit iwwertreffen, datt eist individuellt Behuelen dach iwwerhaapt keng Roll méi spillt. Mee wat wëlls de mer eigentlech domadder soen? Well et aner, endlos méi grouss Problemer gëtt, sollt ech meng eege kleng Suerge gefällegst net sou eescht huelen, oder am beschten se vläicht einfach mol vergiessen?

- Majo neen, dat hunn ech dach guer net gemengt. Lo reegs de dech och nach iwwer mech op. Dobäi wollt ech just undeiten, datt bei all deem, wat ville Leit mat der sougenannte „Multi-Krise-Welt" an der lescht ëm d'Ouere flitt, mir et heiheem dach awer nach zimmlech gutt geroden hunn.

- Dat ass sécher wouer. A grad well et hei gottseidank nach esou friddlech ass, profitéieren ech vu menger Fräiheet, ënnert anerem och fir mech iwwert gewëss Mëssstänn an eiser privilegiéierter Gesellschaft opzereegen. Vläicht wier et jo op anere Plazen an der Welt net grad esou wäit komm, wann déi eenzel Bierger mat Zäit d'Wuert ergraff a sech gewiert hätten. Et ass nämlech sécher net esou, datt d'Reegelen a Rechter, déi d'Generatioune virun eis oft mat Schweess a Blutt erkämpft an duerchgesat kruten, ee fir allemol Bestand hätten. Mënscherechter a sozial Errungenschaften si keng Selbstverständlechkeet, déi definitiv a fir jidderee garantéiert sinn, well se iergendwéini eng kéier an engem Gesetz festgehal goufen; och net hei zu Lëtzebuerg!

Reegelen a Gesetzer

- Ech fannen et zimmlech beandrockend, wéi's de vun engem banale Parkproblem op den allgemengen Zoustand vun der Gesellschaft komm bass. Mee ëmmerhi schéngt et dech jo e bësse berouegt ze hunn.

- Maach du roueg de Geck. Wa mer am Ländche weider esou auserneen driften, wéi dat a leschter Zäit de Fall ass, da kéint et deemnächst och hei genau sou ongemittlech ginn, wéi a munche Länner ronderëm eis. Ofgesinn dovunner waars du et, deen d'Thema op den allgemengen Zoustand vun der Welt gelenkt huet.

- Richteg Pol, an am Fong kéint een tatsächlech sou munchem, wat sech hei am Klengen um Parking vun engem Supermarché ofspillt, am Groussen op der Weltbün begéinen. Och wann do nach laang net jidderee mam eegenen Auto oder engem gutt gefëllte Käddi ënnerwee ass. D'Parallelle sinn trotzdeem interessant: Wärend di grouss Majoritéit sech schéi brav un d'Reegelen hält an onopfälleg an der anonymmer Mass verschwënnt, schéngen e puer vereenzelt Narzissten alles drun ze setzen, fir erfier ze stiechen an opzefalen, sief et duerch en extra deiert Gefier oder den ausgefalene Look vu Karosserie a Chauffeur. Da wieren do nach d'Machoen, déi onbedéngt musse weisen, datt si den Toun uginn an dowéinst einfach méi Plaz, wéi di normal Stierflech brauchen. A „last but not least" e puer ongehuwwelt Bëllessen, déi op kee Rücksicht huelen an einfach ouni ëmzekucken, brutal ronderëm sech téitschen a schréipsen, wéi wann hinnen d'Welt géif gehéieren.

- Aha, dann ass der also och schonn opgefall, datt et ëmmer just eng kleng Minoritéit vun Egoisten an Egozentriker ass, déi d'Welt op d'Kopp geheit. Fir sou Herrschafte schéngt et weder Reegelen nach Gesetzer ze ginn. Déi maachen einfach wat se wëllen, an iergendwéi kritt kaum een se gestoppt.

- Woubäi de Blechschued um Parking a kengem Verhältnis zum Ongléck steet, an dat dee Club vun Autokraten hir Matmënsche stierze kann.

- Dat ass et jo, wat ech einfach net verstinn. Wann een hei am Supermarché eppes klaut oder engem anere muttwëlleg an den Auto knuppt, dann dauert et an der Reegel net laang bis d'Police kënnt, fir sech ëm de Fall ze këmmeren. Wann awer am grousse Stil geklaut, bedrunn a gemord gëtt, da schéngen d'Reegelen an d'Gesetzer net méi ze gëllen.

- Jo dee Phenomeen ass wuel sou al, wéi d'Mënschheet. Di kleng Fësch gi gefaang a bestrooft, wärend déi déck einfach gewäerde gelooss ginn. Erënners de dech nach un d'Finanzkris vun 2008? Och do goufen et der, déi einfach „too big to fail" waren, obwuel grad si d'Haaptschold um Schlamassel haten. A ween huet um Enn d'Rechnunge bezuelt? Déi kleng Leit, wéi ëmmer!

Demokratur a Wielerwëllen

- Also ech hunn d'Impressioun, wéi wann dat Schema sech a leschter Zäit ëmmer méi staark manifestéiert an ausbreet. Op der ganzer Welt ginn d'Medien es net midd eis mat schlechten Noriichten z'iwwerschëdden, wann nees ee vun den übleche Verdächtegen eng komme gelooss huet. Et vergeet dach kaum en Dag ouni „fake news"-Berichter déi Säit vum Atlantik, Hiobsbotschaften iwwer „spezial Operatiounen" am Osten oder Krichsmeldungen aus enger Mëttelmiergéigend, wou Has a Revanchismus sech vun den onschëllegen Affer hirem Blutt ernieren. An iwwerall gëtt de Misär duerch eenzel autokratesch Gestalte verursaacht, déi mat engem Grapp vun auserwielten Akolythen dem Gros vun der Populatioun e Maulkuerf verpassen.

- Dobäi gouf de Gros vun dëse Muechtmenschen iergendwéini vum eegene Vollek gewielt an dat oft vu genau deene Schichten, déi dono am meeschten ënnert hinne leide mussen. Dat nennt een da wuel Demokratie, laut där d'Allgemengheet selwer Schold un der Politik ass, déi hinnen en trauregt Schicksal verursaacht!

- Ech gesinn dat awer e bëssen anescht. Ëmmerhi läit d'Zuel vun de Stëmmen, déi eng eenzel Regierungspartei festleeën, sielen iwwer fofzeg Prozent. Oft ass et souguer däitlech manner an da gëtt matt Koalitioune gespillt, déi net méi vill mam oft strapazéierte Wielerwëllen ze dinn hunn. Ausserdeem ass et jo ewell Usus, datt an enger Regierung Leit agesat ginn, déi sech selwer ni enger Wal gestallt hunn. Am Endeffekt vertrieden déi, di d'Soen hunn, oft rose wéineg Wieler aus dem Vollek. Vun Demokratie a Majoritéit bleift do net méi vill iwwreg.

- An do schwätzt de vu Länner, wou iwwerhaapt nach richteg Wale sinn. Op ville Plazen ass dat dach just e schlechte Witz, do sinn d'Resultater vu virera festgeluecht. Mee souguer an eise Géigende bléist a punkto Demokratie ëmmer méi e schaarfe Wand. Kuck dach mol wéi et bei eisen Nopere leeft. Do kréien se oft nach Méint no de Wale keng richteg Regierung op d'Been.

- Wéi vill Politiker sinn dann an de leschte Joren, eleng an der EU un d'Muecht komm, net wéinst hirem besonnesch iwwerzeegende Programm oder dem extra sympathesche Charisma deen se ausstralen, mee eenzeg an eleng, fir ze verhënneren, datt anerer dru kommen? Et geet dach längst net méi ëm déi bescht, mee just nach ëm déi manner schlecht Alternativ. Deemno gëtt eigentlech net méi fir, mee éischter just nach géint ee gewielt.

Divide et impera!

- Mengs de net, datt dee ganze politeschen Zinglabumm deene Meeschte souwisou komplett laanscht d'Huttschnouer geet. Hautdesdaags ass d'Liewen därmoosse komplizéiert an d'Gesellschaft esou komplex ginn, datt kee méi sou richteg den Duerchbléck huet. An de sougenannte sozialen Netzwierker fënns de zwar Meenungen an Erklärungen iwwert alles a quasi jiddereen, mee wéi di selwer ernannten Experten un hiert Wësse kommen, ass oft méi wi zweifel- a schleierhaft.

- Do läit fir mech ee vun den Haaptproblemer vun eiser Zäit. Mir liewen all an enger Welt, déi sech anscheinend ëmmer méi op dat eenzelt Individuum fokusséiert, dobäi ass eis Ofhängegkeet vun deenen aneren sou grouss a sou villsäiteg, wéi nach ni. Wee bréngt et da fäerdeg selwer och nëmmen eng Liichtchen um eegenen Auto ze ersetzen? A wee gëtt dann haut nach eleng ouni Handy a Computer eens? Ouni déi berüchtegt „Tutorials" am Netz kréiche mer dach einfach näischt méi un d'Lafen doheem.

- Dat sees de gutt! Mee wat der Däiwel huet dat mat Politik an Demokratie ze dinn?

- Ma dat hänkt dach alles mateneen zesummen! Amplaz eis géigesäiteg ëmmer méi vuneneen ofzegrenzen a permanent den eegenen Nuebel ze bewonneren, sollte mer eis méi ee fir deen aneren interesséieren. Wéi soll dann eng Demokratie op laang Weil funktionéiere wa jiddereen nëmmen no sech kuckt? Autokraten an Demagoge gi wonnerbar domadder eens, wann eng Gesellschaft op déi Manéier auserneen dreift.

- Jo, den Ego-Kult ass eng richteg Plo ginn. Och wann et vläicht normal ass, wann een a bestëmmte Situatioune fir d'éischt mol no sech selwer kuckt, kënnen déi aner engem dofir awer net egal sinn.

- Géigesäitege Respekt a Verantwortung sinn nun eemol den A an den O vun all Form vun Zesummeliewen. An dozou gehéiert och: „Wat s de net wëlls, datt een dir undeet, dat déi och kengem aneren un". Woubäi mer nees bei menger Schréips hei um Parking gelant wieren!

- Also ier mer elo och nach ufänken iwwer Relioun ze debattéieren, maachen ech mech aus dem Stëbs. Allez Pol, bis dann; a „Bonne Chance" mat der Kasko !

Roger Roth

Cours de formation et d'appui scolaires

Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et général luxembourgeois

INSCRIPTION ET INFORMATIONS

ACCUEIL TÉLÉPHONIQUE:

mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30,
mercredi: de 14h30 à 16h30, jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 • afas@cgfp-services.lu
• https://www.cgfp-services.lu/services/afas

AFAS CGFP
Association de Formation et d'Appui scolaires a.s.b.l.

Was wäre der öffentliche Dienst ohne CGFP?

Ein Nebeneinander von Einzelgruppierungen,
ohne Kraft, ohne Gewicht, ausgeliefert, verschaukelt…

CGFP - die einzige gewerkschaftliche Kraft innerhalb der öffentlichen Funktion

CGFP

SENIOR HOTEL
D'Service-Residenz zu Iechternach

HÄERZLECHEN EMPFANG – KOMFORT – HAUSGEMAACH KICHEN – WUELBEFANNEN – SÉCHERHEET – PERSONALISÉIERTE SERVICE …

Fir weider Informatiounen oder fir e kuerzen oder laange Sejour ze reservéieren, kënnt Dir eis gäre kontaktéieren.

9, rue de l'Hôpital L-6448 Echternach | **T : +352 72 64 50** | direction@seniorhotel.lu | www.seniorhotel.lu |

LUX VOYAGES

AIDA KREUZFAHRTEN

Sie haben noch keine Idee für den Sommerurlaub mit der Familie?

Dann ist jetzt der perfekte Zeitpunkt, sich eine unvergessliche Auszeit auf dem Meer zu sichern.

Mit AIDA Kreuzfahrten wird der Sommer unvergesslich!

Erleben Sie spannende Familienabenteuer auf See – komfortabel und entspannt.

Ob es Sie nun eher in den Norden oder doch in den Süden zieht: AIDA macht es möglich.

SKANDINAVISCHE HIGHLIGHTS MIT DER AIDANOVA

- Ab/bis Kiel – entdecken Sie Oslo, Kopenhagen, Kristiansand, Skagen und Arhus

Familienpreis:
ab 3.458 € (2 Erwachsene + 2 Kinder)

MEDITERRANER ZAUBER MIT DER AIDACOSMA

- Ab/bis Palma de Mallorca, inkl. Flug ab/bis Köln
  Erleben Sie: Cagliari, Rom, Ajaccio, Marseille, Barcelona

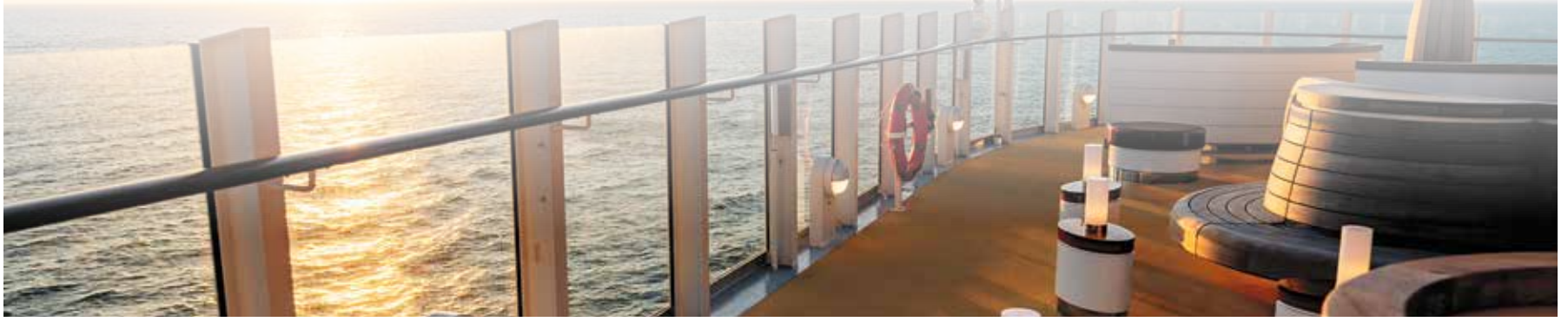
Familienpreis:
ab 4.938 € (2 Erwachsene + 2 Kinder)

Beide Kreuzfahrten bieten Ihnen das AIDA Vario All Inclusive Paket in der Verandakabine „Komfort“:

- Ideal für 2 Erwachsene und 2 Kinder (2-15 Jahre) zum günstigen Festpreis
- Doppelbett, Zusatzbetten und teils Babybett
- Begehbarer Kleiderschrank, ansonsten besonders viel Platz
- Kabine mit Verbindungstür oder auch barrierefrei
- Bad mit Dusche

LUX VOYAGES s.à r.l.
25-A, boulevard Royal ▪ L-2449 Luxembourg
Tel.: 47 00 47 - 1 ▪ info@luxvoyages.lu

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer AIDA-Reisen vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.



fonction publique

SPÉCIAL **VACANCES dans notre RÉGION**

Le Luxembourg en version « extrême »

Si le Luxembourg est une destination privilégiée pour les amateurs de shopping, de gastronomie et de vins gouleyants, le pays est aussi le paradis des sports extrêmes. Parapente, parachutisme, chute libre, barefoot, wakeboard ou spéléo : parfois encore méconnues du grand public, ces activités extrêmes sont pourtant bien représentées au Luxembourg.

Le seul site de parapente du pays se situe à Bourscheid, où il est également possible de pratiquer le paramoteur, le speedriding ou le speedflying. Dans un environnement privilégié, ce site est ouvert aux parapentistes chevronnés ainsi qu'aux débutants grâce à diverses formules de stages (matériel inclus).

Le Cercle parachutiste luxembourgeois, situé à Wiltz-Noertrange, propose pour sa part des baptêmes de parachutisme et de chute libre. Fort de plus de 50 ans d'expérience, ce club propose des activités aussi bien pour les parachutistes chevronnés qui peuvent aussi s'adonner au free fly ou au wingsuit, mais aussi pour les débutants qui bénéficient des conseils des instructeurs.

La Moselle, quant à elle, permet aux amateurs de sports nautiques de faire le plein de frissons. Le ski nautique est l'activité la plus connue, mais pas la moins amusante. Il existe également une version plus physique, baptisée « barefoot », qui se pratique pieds nus, tiré par un bateau : soit en tenant une barre sur le côté, soit en tenant une poignée attachée à cette barre, soit en tenant une poignée à l'arrière du bateau, comme pour le ski nautique. Une activité très sportive ! Le wakeboard (version aquatique du snowboard) et le wakesurf (qui consiste à surfer dans le sillage d'un bateau) sont également proposés par les clubs de Wasserbillig, Ehnen, Grevenmacher ou Bech-Kleinmacher.

Du ciel ou des plans d'eau, on passe sous terre. Bonne nouvelle pour les inconditionnels de la spéléo : il existe plusieurs très belles cavités – grottes horizontales ou gouffres – à explorer dans le pays. Surtout dans le Mullerthal, dans la région de Mersch et le long de la Sûre (Moestroff).

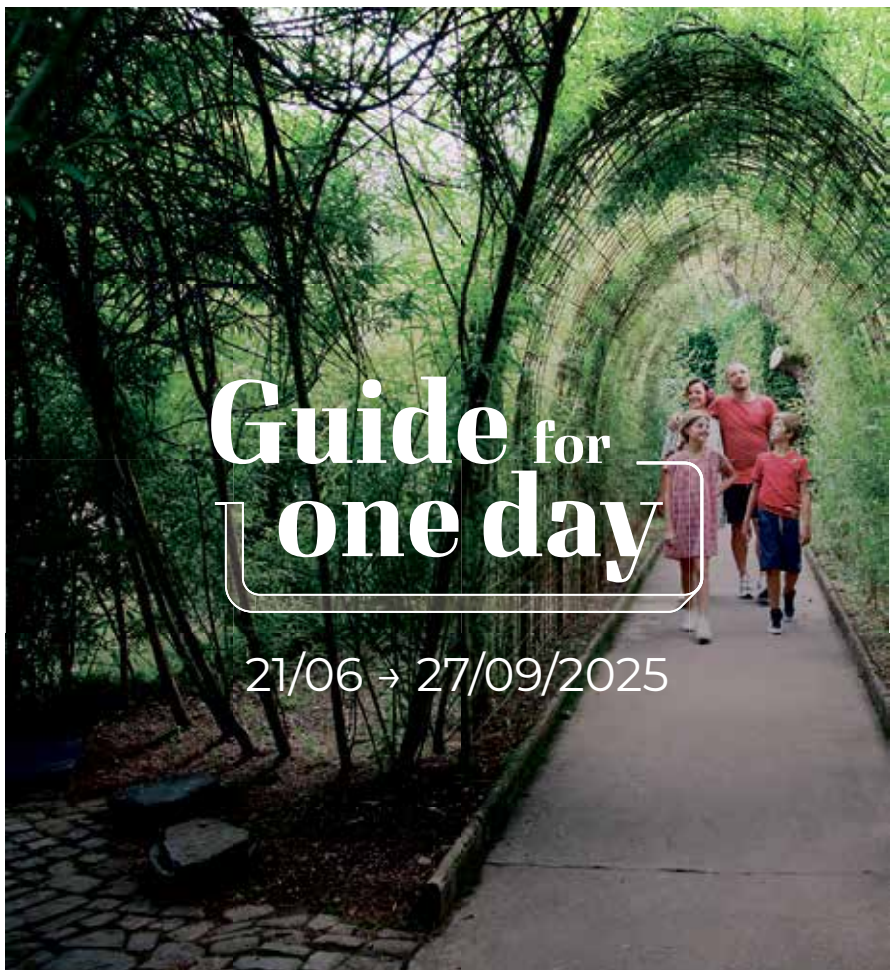
Quel que soit le type de frissons que vous appréciez, le Luxembourg est fait pour vous ! Sur l'eau, dans le ciel ou sous terre…

Lëtzebuerg
dat ass Vakanz!
Naturschutzgebitt
Haff Réimech
Rëmerschen
letzebuergvakanz.lu
LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de l'Économie
VISIT
LUXEMBOURG
© Alfonso Salgueiro

SPÉCIAL VACANCES dans notre RÉGION

fonction publique

„Guide for one day“ – Luxemburg mit anderen Augen sehen!



Entdecken Sie das Großherzogtum aus einer neuen, überraschenden Perspektive mit „Guide for one day“, einer Initiative im Rahmen der Kampagne „Lëtzebuerg, dat ass Vakanz!“ vom Ministerium für Wirtschaft.

Diese Aktion richtet sich an Einwohner*innen sowie an Grenzgänger*innen. Sie lädt dazu ein, Luxemburg aus der persönlichen Perspektive engagierter Freiwilliger zu erleben. Sie öffnen Ihnen die Türen zu deren Lieblingsorten – authentisch, persönlich und abseits der bekannten Touristenpfade. Orte voller Geschichten, Emotionen und einer Identität, die man in keinem klassischen Reiseführer findet.

Das Konzept ist ebenso einfach wie wirkungsvoll: Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen kommen zusammen und teilen ihre Leidenschaft für das Land. Ob kulturell, historisch oder sportlich – das vielfältige Programm spricht alle Altersgruppen und Interessen an.

Geschichtsinteressierte begeben sich auf Zeitreisen durch Luxemburgs Vergangenheit, Kunstliebhaber entdecken Galerien, Ateliers und kreative Hotspots. Naturfreunde erleben das Land aktiv: bei Radtouren durch sanfte Hügellandschaften oder Wanderungen entlang idyllischer Pfade. Luxemburg zeigt sich dabei als wahres Paradies für Outdoor-Fans.

Auch Familien finden im Programm passende Angebote: Zahlreiche Touren beinhalten kinderfreundliche Aktivitäten, die Spaß machen und gleichzeitig Wissen spielerisch vermitteln.

„Guide for one day“ steht für echte Begegnungen, neue Perspektiven und persönliche Erlebnisse. Ob Sie schon lange hier leben oder das Land gerade erst kennenlernen, diese Initiative lädt Sie ein, Luxemburg in seiner Vielfalt, Tiefe und Herzlichkeit (neu) zu entdecken.

Die Aktion „Guide for one day“ läuft noch bis zum 27. September 2025. Seien Sie dabei und entdecken Sie Luxemburg in all seinen Facetten.

Mehr Infos auf **guideforoneday.lu**

CMCM
ÄR GESONDHEETSMUTUELLE
ZANTER 1956

Awann...

EPPES AN DER VAKANZ GESCHITT

MIR SINN DO.

Weltwäit Assistance 24/7,
wärend Ärer Vakanz
am Ausland.
cmcm.lu

MIR SINN DO. FIR JIDDEREEN.

SPÉCIAL VACANCES dans notre RÉGION

fonction publique

Aventure, culture, nature : voilà de magnifiques vacances pour les enfants !

Vous souhaitez passer de belles vacances en famille ? Inutile de sortir du pays : le Luxembourg a tout pour attiser la curiosité des enfants, combler leur amour de la nature ou apaiser leur soif d'aventure…

Aventure, justement… Plusieurs parcs d'attraction et de loisir sont disséminés à travers le pays. À Echternach, l'auberge de jeunesse dispose d'un mur d'escalade en intérieur de 14 mètres de haut. Plus au sud, le parc Le'h Adventures propose des ponts de singe, des tyroliennes et un parcours « Bambini » pour les plus petits. Si votre enfant se prend pour Tarzan, ce parc est conçu pour lui ! À quelques pas de la frontière belge, le Steinfort Adventure est un parc accrobranche proposant 10 parcours de difficultés variées. Plus tranquille, mais riche en découvertes et plaisirs, le Parc Merveilleux de Bettembourg est lui aussi incontournable. Il propose notamment des attractions, une aire de jeux, un minigolf et la possibilité d'observer de près des animaux issus des cinq continents.

Si vos enfants veulent découvrir l'histoire et les traditions du pays, les possibilités ne manquent pas. Citons notamment le château de Vianden et celui de Koerich qui proposent chaque été de belles fêtes médiévales. Les casemates du Bock et de la Pétrusse sont également des sites incontournables. N'oublions pas non plus le Palais grand-ducal, ouvert au public jusqu'à la fin de l'été. Plusieurs musées pourraient également intéresser vos enfants. Ils constituent aussi une belle alternative quand la météo laisse à désirer. Le MUDAM propose des visites spéciales pour les enfants. Le Casino-Forum d'art contemporain organise des visites et des ateliers pour les enfants et les jeunes. Des ateliers créatifs sont organisés au Nationalmusée au Fëschmaart, tandis que le Vitarium et le Tramsmusée proposent des visites adaptées pour les familles. Enfin, le Plomm Kannermusée est entièrement réservé aux enfants jusqu'à 12 ans et à leurs familles.

Côté nature, le Luxembourg n'est pas en reste… Entre le Musée national d'histoire naturelle, le Science Club, le Panda Club, le Jardin des papillons, le Domaine touristique du cheval de trait ardennais Robbesscheier et l'Aquarium de Wasserbillig, il y en a pour tous les goûts, mais la nature reste toujours au cœur des visites. Plus concrètement, « D'Haus vun der Natur » organise des formations et des ateliers axés sur la protection de la nature. Enfin, il est toujours possible de profiter, en toute simplicité, de quelques-uns des plus beaux paysages du pays, que ce soit le long de la vallée de la Moselle, sur les rives du lac de la Haute-Sûre, au bord du lac de Remerschen ou d'Echternach… Autant d'endroits où il est possible de combiner contemplation de la nature et activités variées.

sightseeing.lu

LUGA Luxembourg Urban Garden

MUDAM Musée d'Art Moderne Grand-Duc Jean

Plongez dans une immersion sonore sous la ville de Luxembourg «The Lower World» dans l'Aquatunnel

Par Susan Philipsz du 6 mai au 18 octobre

Tickets et infos

www.sightseeing.lu

Des installations éphémères sont à découvrir dans tout Luxembourg-Ville sur plus de 11 km de circuit dans le cadre de l'exposition LUGA 2025

SPÉCIAL VACANCES dans notre RÉGION

fonction publique

Trois activités insolites à (re)découvrir sans tarder

Voici une façon amusante de découvrir certains trésors que vous n'avez peut-être pas encore dénichés. Trois pépites à ne surtout pas manquer…

Un circuit Unesco en e-bike

Cette agréable escapade culturelle ne vous prendra que trois heures environ, mais vous permettra de découvrir 80 sites, monuments et attractions. Mis en place par l'Unesco, ce circuit d'une longueur de près de 10 km sillonne la vallée de la Pétrusse. Tout au long de la promenade, un guide audio, associé à l'application « Sightseeing.lu », vous raconte, dans l'une des cinq langues programmées, les histoires et faits marquants des curiosités qui émaillent le parcours. Aucun risque de vous égarer en cours de route : un ordinateur de bord fixé sur le guidon de votre vélo offre aussi un support pour votre portable et vous sert de guide.

À la découverte de l'histoire sidérurgique luxembourgeoise

L'histoire sidérurgique du Luxembourg vous passionne ? Cette visite est faite pour vous ! À Dudelange, le projet « Nei Schmelz » est réalisé par le Fonds du Logement sur l'ancien site du Laminoir Dudelange S.A. d'Arcelor. Très innovateur sur le plan architectural, il vise une approche culturelle intéressante et se donne pour mission la conservation du patrimoine culturel national.

En constante évolution, cet ancien site industriel vous plonge au cœur d'un monde architectural et artistique. Il vous permet même de devenir acteur à votre tour, par exemple au DKollage, un processus collectif et participatif de rénovation de l'ancien bâtiment des vestiaires et du hall wagonnage (VeWa).

Les Romains sont toujours parmi nous

Le Luxembourg est habité depuis très longtemps et a toujours eu une importance particulière en raison de sa situation stratégique. Les Romains ne s'y étaient pas trompés eux non plus. Aujourd'hui, le pays est jonché de sites gallo-romains, notamment dans la région de la Moselle. Entre fleuve et vignes, cette contrée héberge différents sites archéologiques gallo-romains (Grevenmacher, Lellig ou Dalheim) qui vous permettent de découvrir de nombreuses statues d'époque, tout comme des monuments funéraires ou l'impressionnant amphithéâtre Vicus Ricciacum qui, à son apogée, pouvait accueillir la bagatelle de 3 500 spectateurs. Il s'agit de l'un des monuments les mieux conservés dans la région.

Vous pourrez notamment emprunter la fameuse « Route des Romains » (au départ de Dalheim) ou la « Randonnée des Romains » qui vous permettra également de goûter aux spécialités romaines.

SPÉCIAL VACANCES dans notre RÉGION

fonction publique

Loger au Luxembourg ? Oui, mais de manière insolite

En sortant des sentiers battus de l'hôtellerie traditionnelle, le pays propose une large palette d'hébergements insolites qui offrent des expériences uniques, souvent hors du commun. Entre les roulottes et les cabanes dans les arbres, entre les wagons de chemin de fer et un ancien bassin de refroidissement d'une usine sidérurgique désaffectée ou une nuitée au château, tout – ou presque – est possible. Petite sélection non exhaustive de logements parmi les plus insolites du pays…

Au cœur d'une ancienne sidérurgie

À Dudelange, le Floater, ouvert toute l'année, permet de passer une nuit sur le site d'un ancien bassin de refroidissement de l'usine sidérurgique locale aujourd'hui désaffectée. Jouissant d'une belle architecture épurée, il est construit dans un harmonieux mélange d'acier et de bois, et ce logement de quatre lits repose à la surface de l'eau de l'ancien bassin de refroidissement. Disposant d'une vaste baie vitrée, il offre une vue privilégiée sur le château d'eau.

Tout autour, le décor rappelle le prestigieux passé industriel de la région, et notamment les activités de l'aciérie qui traitait le minerai extrait dans les zones minières environnantes.

Floater Dudelange
Rue du Centenaire
L-3572 Dudelange
E-mail : info@simpleviu.com

Une maison parmi les oiseaux

Avez-vous déjà rêvé de dormir dans les couronnes des arbres ? C'est ce que propose la Maison de Maisy : sur un peu plus de 45 mètres carrés, elle dispose de trois chambres avec lits doubles, d'une salle de bains, d'une salle de douche et de deux terrasses meublées privatives. Accessible aux personnes à mobilité réduite, cette « maison des oiseaux » est intégrée au parc animalier communal d'Esch-sur-Alzette et se blottit entre chênes, châtaigniers, bouleaux et érables. La nature encore préservée permet à une multitude d'oiseaux de vivre, d'évoluer et de nidifier en toute tranquillité, à seulement quelques petits coups d'aile de cet hébergement 100 % nature et 100 % atypique.

La Maison de Maisy
Escher Bamhaiser
64, Gaalgebierg
L-4142 Esch-sur-Alzette
Tél. : (+352) 2754 3752 / 2754 2233

En voiture svp !

Nichée au cœur d'une vaste réserve naturelle, la station industrielle du Fond-de-Gras était jadis le cœur d'une activité industrielle centrée sur les mines à ciel ouvert et les galeries. Les minerais extraits étaient ensuite acheminés par le rail vers les fonderies des environs. Si l'activité industrielle a cessé, une autre, touristique, a démarré de manière originale. Il est désormais possible de loger dans un ancien wagon de chemin de fer réaménagé ; le projet ayant été réalisé par le bureau d'architectes Teisen&Giesler. On aurait pu penser qu'un tel logement, accessible à l'année, n'offrirait que de simples couchettes. Erreur !

Malgré le fait qu'il ait conservé ses atouts anciens et qu'il soit bien intégré dans son environnement, le wagon propose 5 lits, 2 salles de bains, une douche, un sauna, une cuisine, une salle commune et une loggia propice à la détente. Tout autour, de nombreux points de visite rappellent le passé industriel de la région.

Wagon Fond-de-Gras
2, Fond-de-Gras
L-4576 Fond-de-Gras (Niederkorn)
E-mail : info@simpleviu.com

SPÉCIAL VACANCES dans notre RÉGION

fonction publique

Élémentaire, mon cher… Sherlock

Le château de Clémency a été bâti au milieu des années 1660. Après avoir été racheté en 2004, puis transformé et rénové avec un goût très sûr, il propose désormais une agréable palette de suites à la décoration personnalisée et aux dimensions généreuses. Parmi celles-ci, il faut citer un espace-loft baptisé « Pascal's Angels » qui est un clin d'œil à la mythique série télévisée « Charlie's Angels ». Autre suite et autre ambiance avec un espace « Peggy's » qui, grâce à sa déco opulente, vous ramène dans l'ambiance de la Belle Époque. Parmi les autres suites, l'espace « Sherlock » – doté d'un îlot-lit atypique, d'une salle d'eau dans la tour du château et d'un cabinet de curiosités – vous entraîne sur les traces du célèbre détective britannique.

Château de Clémency
18, rue de l'Église
L-4965 Clémency
Tél. : (+352) 691 393 737
E-mail : info@chateaudeclemency.lu

SPÉCIAL VACANCES dans notre RÉGION

fonction publique

Venez découvrir les richesses des Terres Rouges

© Claude Piscitelli

Au sud du Luxembourg, Esch-sur-Alzette, cette ville nichée entre passé industriel et richesses culturelles, a su se faire une place dans le panorama luxembourgeois.

Deuxième plus grande ville du Luxembourg, Esch-sur-Alzette invite les visiteurs à découvrir son riche patrimoine culturel.

Que ce soit à travers la découverte d'Esch/Belval – cet espace « Urban Living » né des anciennes friches sidérurgiques, aujourd'hui prisé pour ses concerts à la Rockhal et les visites guidées des Hauts-Fourneaux – ou à travers une balade dans la rue de l'Alzette, la plus longue rue commerçante du pays, Esch-sur-Alzette affiche fièrement sa capacité à se réinventer.

Grâce à son patrimoine architectural, entre vestiges du passé et modernité avec ses festivals hauts en couleur (Francofolies et LOA) ou encore la Marche pour l'Egalité à l'occasion du Pride Street Fest, la ville attire de nombreux visiteurs nationaux et internationaux.

Pour divertir les plus jeunes et leurs familles, rien de tel qu'un après-midi à l'air libre au Parc Municipal Gaalgebierg. Entre nature, détente et découverte, laissez-vous charmer par une promenade dans le parc animalier (accès gratuit). Boucs, chèvres, poules, lapins et bien d'autres animaux feront le bonheur de petits et grands !

Les « Escher Bamhaiser » proposent aux personnes les plus aventureuses, de passer une nuit insolite au coeur du Déierepark. Les visiteurs ont le choix de dormir dans une des 3 cabanes, qui offrent un environnement confortable, moderne et chaleureux. Chaque cabane peut accueillir entre 4 et 6 personnes maximum et dispose de salle de douche, chambres à coucher, terrasse meublée ainsi que d'un emplacement voiture compris dans le prix d'hébergement.

Enfin, pour les fins gourmets, une halte culinaire s'impose dans un des nombreux restaurants qui proposent des plats aux couleurs et aux parfums du monde.

Retrouvez l'ensemble de nos évènements ainsi que toutes les autres informations pratiques sur notre site web dédié : **explore.esch.lu**

Esch vous attend !

Wohnen ist alles: Leben, Zukunft, Sicherheit. Machen Sie Ihren Traum vom Eigenheim wahr und arbeiten Sie mit einem Partner zusammen, der es versteht, Sie bedarfsgerecht zu unterstützen.

Die CGFP ist der Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst. Als Mitglied der CGFP profitieren Sie von Top-Konditionen, attraktiven Vorzugsdarlehen und von steuerlichen Vorteilen – abhängig von Ihrer individuellen Einkommenssituation für Ihren eigenen Wohnraum.

Am besten Sie sprechen noch heute unverbindlich mit einem BHW Berater über Ihre Möglichkeiten. Nutzen Sie einfach den Link oder rufen Sie die CGFP Hotline 473651 an.

BHW Bausparkasse
Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg Kirchberg
info-lux@bhw.lu
www.bhw.lu

BHW
Gemeinsam für Ihr Zuhause

Mediahuis Luxembourg S.A.